

Nachrichten - Fakten - Hintergründe

# Information Orthodoxie



**In dieser Ausgabe .....**

## Ö S T E R R E I C H

### **Arsenios: Ökumene verliert mit Kothgasser bedeutende Persönlichkeit**

Orthodoxer Metropolit war mit verstorbenem Salzburger Alterzbischof Alois Kothgasser freundschaftlich verbunden

### **Wiener orthodoxer Theologe: Plädoyer für "jugendsensible Kirche"**

Prof. Moga hielt Vortrag bei 16. Begegnung im Bilateralen Theologischen Dialog zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Rumänischen Orthodoxen Kirche

## I N T E R N A T I O N A L

### **Bartholomaios: Russischer Angriff zeigt ständige Präsenz des Bösen**

Ökumenischer Patriarch feiert in Istanbul Gedenkgottesdienst zu Ehren aller Ukrainer, die bislang im Verteidigungskampf ums Leben gekommen sind

### **Orthodoxer Kirchenstreit um Afrika geht weiter**

Synode des Patriarchats von Alexandrien hat russischem Bischof Konstantin (Ostrovskij) Priesterwürde aberkannt

## H I N T E R G R U N D & D O K U M E N T A T I O N

### **Einblicke in das "Weltkonzil des Russischen Volks"**

Orthodoxie-Expertin Zwahlen in Fachzeitschrift "Religion & Gesellschaft in Ost und West" über Organisation unter der Führung Patriarch Kyrills, die "patriotische Kräfte zur geistlichen und kulturellen Wiedergeburt Russlands sammelt"

**Information Orthodoxie** - Ein **kathpress** - Produkt  
in Kooperation mit der Orthodoxen Bischofskonferenz in Österreich und den  
Stiftungen "Living Together" und "Pro Oriente".

---



---

## Ö S T E R R E I C H

---

<b>Arsenios: Ökumene verliert mit Kothgasser bedeutende Persönlichkeit</b>	<b>3</b>
<b>Wiener orthodoxer Theologe: Plädoyer für "jugendsensible Kirche"</b>	<b>4</b>
<b>Theologe ortet Bedeutungsverlust der Orthodoxen Kirche in Griechenland</b>	<b>5</b>
<b>Österreichs Kirchen: Ungebrochene Solidarität mit der Ukraine</b>	<b>6</b>
<b>Ökumenische Ukraine-Friedensgebete in Wien, Salzburg und Innsbruck</b>	<b>6</b>

---

## A L S V O R S C H A U G E L A U F E N

---

<b>Friedensgebete in Wien und Salzburg am Jahrestag des Ukrainekriegs</b>	<b>8</b>
---	----------

---

## I N T E R N A T I O N A L

---

<b>Bartholomaios: Russischer Angriff zeigt ständige Präsenz des Bösen</b>	<b>10</b>
<b>Ukrainische Kirche besteht auf Abwehrkampf gegen Russland</b>	<b>10</b>
<b>Historiker und Priester: Krieg stärkt Identität der Ukraine</b>	<b>11</b>
<b>Leichnam von Kreml-Kritiker Nawalny an Mutter übergeben</b>	<b>12</b>
<b>Berlin: Kirche und Politik gedenken der Opfer des Ukrainekrieges</b>	<b>13</b>
<b>Unesco: Mehr als 340 beschädigte Kulturstätten in Ukraine</b>	<b>13</b>
<b>Orthodoxie: Patriarchat von Alexandrien adaptiert Afrika-Strukturen</b>	<b>14</b>
<b>Orthodoxer Kirchenstreit um Afrika geht weiter</b>	<b>15</b>
<b>Serbisch-orthodoxer Patriarch Porfirije besucht New York</b>	<b>15</b>
<b>Bericht: Serbischer Priester im Kosovo angegriffen</b>	<b>16</b>
<b>Griechisches Parlament stimmt für gleichgeschlechtliche Ehe</b>	<b>16</b>
<b>Gaza-Pfarrer: Lage in Nord-Gaza spitzt sich zu</b>	<b>17</b>
<b>Erstmals Heilige auf regulären Euro-Münzen</b>	<b>17</b>

---

## H I N T E R G R U N D & D O K U M E N T A T I O N

---

<b>Einblicke in das "Weltkonzil des Russischen Volks"</b>	<b>18</b>
<b>Die Kirchenkrise der Orthodoxie und der Krieg gegen die Ukraine</b>	<b>19</b>
<b>Studie: Russische Propaganda heizt Krieg im Nahen Osten an</b>	<b>22</b>
<b>Navalny-Tod empört auch kirchliche Medienlandschaft</b>	<b>23</b>
<b>Griechenland: Kirche und Staat gehen mehr und mehr auf Distanz</b>	<b>24</b>

---



---

## Ö S T E R R E I C H

---

### Arsenios: Ökumene verliert mit Kothgasser bedeutende Persönlichkeit

**Orthodoxer Metropolit war mit verstorbenem Salzburger Alterzbischof Alois Kothgasser freundschaftlich verbunden - "Er war ein Mensch, den ein tiefer Glaube, eine große Herzlichkeit und Menschenfreude auszeichneten" - Evangelischer Superintendent Dantine und ÖRKÖ-Vorsitzender Bischof Tiran Petrosyan würdigen Mann der Ökumene**

Wien, 23.02.2024 (KAP) Tief betroffen über den Tod des emeritierten Salzburger Erzbischofs Alois Kothgasser hat sich der griechisch-orthodoxe Metropolit Arsenios (Kardamakis) geäußert. Zugleich zeigte er sich im Gespräch mit Kathpress dankbar für das ökumenische Wirken Kothgassers. Erzbischof Kothgasser "war ein Mensch, den ein tiefer Glaube, eine große Herzlichkeit und Menschenfreude auszeichneten. Er liebte die Begegnung und das Gespräch", so der Metropolit, der auch Vorsitzender der Orthodoxen Bischofskonferenz in Österreich ist. Die Kirchen in Österreich würden mit Kothgasser eine bedeutende Persönlichkeit verlieren. Er habe sich in der Ökumene große Verdienste erworben.

Ausdrücklich dankte Kardamakis dem früheren Erzbischof von Salzburg und Bischof von Innsbruck für das Entgegenkommen und die Gastfreundschaft, die dieser stets der Orthodoxen Kirchen entgegengebracht habe. Alois Kothgasser ist Donnerstagabend in Salzburg mit 86 Jahren verstorben.

Die besondere Nähe Kothgassers zu den Ostkirchen zeigte sich u.a. auch daran, dass er von 2004 bis 2017 dem Andreas-Petrus-Werk (Catholica Unio Österreich) vorstand. Die in Salzburg beheimatete Einrichtung der Österreichischen Bischofskonferenz dient der Förderung der Beziehungen mit den orthodoxen und orientalischem-orthodoxen Kirchen. Mit viel Enthusiasmus und großer Wertschätzung für die anderen Kirchen stand Alterzbischof Alois Kothgasser seit 2004 an der Spitze der kirchlichen Organisation. Von 2010 bis 2016 war er zudem Generalpräsident von Catholica Unio Internationalis. Ebenso förderte und begleitete Kothgasser stets die Aktivitäten der Salzburger Pro Oriente-Sektion sowie des Salzburger Zentrums zur Erforschung des Christlichen Ostens (ZECO). Ökumenische Reisen führten ihn nicht nur nach Istanbul, sondern etwa auch nach Russland, Armenien und Bulgarien.

Kardinal Leonardo Sandri, früherer Präfekt der Ostkirchenkongregation, würdigte Erzbischof Kothgasser einst für sein "orientalisches Herz", das der Kirche helfe, mit "beiden Lungenflügeln" zu atmen.

#### **Kothgasser bereitete Weg des Miteinanders**

Auch der evangelische Superintendent von Salzburg und Tirol, Olivier Dantine, hat den emeritierten Salzburger Erzbischof gewürdigt. "Erzbischof Alois war die Ökumene immer ein großes Anliegen. In seiner Zeit als Diözesanbischof von Innsbruck führte er den Weg des Miteinanders der christlichen Kirchen weiter", schrieb Dantine in einem Kondolenzschreiben am Freitag an den Salzburger Erzbischof Franz Lackner. In seiner Zeit als Salzburger Erzbischof habe Kothgasser "mit viel persönlichem Einsatz und mit großer Sensibilität gegenseitiges Vertrauen wiederhergestellt", so der evangelische Superintendent.

"Im Namen der Evangelischen Superintendenz A.B. Salzburg und Tirol möchte ich der Erzdiözese Salzburg zum Ableben von Alterzbischof Dr. Alois Kothgasser meine aufrichtige Anteilnahme aussprechen", so Dantine. "Persönlich wird mir seine menschliche Wärme und sein feinsinniger Humor in Erinnerung bleiben."

#### **ÖRKÖ würdigt Erzbischof Kothgasser**

Der Ökumenische Rat der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ) hat sich betroffen über den Tod Erzbischof Kothgassers und zugleich dankbar für sein Wirken gezeigt. ÖRKÖ-Vorsitzender Bischof Tiran Petrosyan hielt in einer auf der ÖRKÖ-Website veröffentlichten Stellungnahme fest, dass mit Erzbischof Kothgasser nicht nur die Katholische Kirche, sondern alle Kirchen eine bedeutende Persönlichkeit verloren hätten, der die Ökumene ein vorrangiges Anliegen war.

"Als Bischof von Innsbruck wie auch als Erzbischof von Salzburg war Kothgasser der Dialog, die Stärkung des gegenseitigen Vertrauens

ens, die persönliche, wertschätzende Begegnung und die intensive Zusammenarbeit über Konfessionsgrenzen hinweg stets ein wichtiges Anliegen", so Petrosyan. Für dieses "wahrhaft christliche Lebenszeugnis" wolle auch der Ökumenische Rat der Kirchen dem Verstorbenen nochmals herzlich Danke sagen.

### **Stiftung Pro Oriente trauert**

Auch die Stiftung Pro Oriente trauert um den emeritierten Erzbischof von Salzburg, Alois Kothgasser. Mit Pro Oriente war Kothgasser eng verbunden. U.a. wurde ihm 2014 die Ehrenmitgliedschaft im Kuratorium der Stiftung verliehen. In seiner Amtszeit als Erzbischof von Salzburg war Kothgasser auch Vorsitzender des Komitees der Salzburger Pro Oriente-Sektion.

"Mit Erzbischof Kothgasser verliert die Katholische Kirche von Österreich nicht nur

einen äußerst lebenswürdigen, einfühlsamen und klugen Hirten, sondern auch einen profunden Kenner und wichtigen Fürsprecher auf dem Gebiet der christlichen Ökumene", würdigte Pro Oriente-Präsident Alfons Kloss den Verstorbenen in einer Aussendung.

Durch viele Jahre hindurch habe Kothgasser an den Stätten seines bischöflichen Wirkens, aber auch darüber hinaus, die Anliegen des Miteinanders der christlichen Kirchen entscheidend geprägt und weiterentwickelt, so Kloss: "Bis ins hohe Alter vertrat er diese Anliegen mit großer Herzlichkeit, von der auch seine zahlreichen persönlichen Kontakte und Freundschaften zu vielen Vertretern der christlichen Kirchen des Ostens und des Westens geprägt waren."

## **Wiener orthodoxer Theologe: Plädoyer für "jugendsensible Kirche"**

**Prof. Moga hielt Vortrag bei 16. Begegnung im Bilateralen Theologischen Dialog zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Rumänischen Orthodoxen Kirche - Tagung widmete sich dem Thema "Jugendpastoral und -katechese als ökumenische Zukunftsaufgabe"**

Wien/Bonn, 27.02.2024 (KAP) Für eine "jugendsensible Kirche", die altersgerecht das Erleben von Gemeinschaft, Lebensorientierung und Glaubensidentität ermöglicht, hat der Wiener rumänisch-orthodoxe Theologe Ioan Moga plädiert. Weiters mahnte er ein, dass die Kirchen im digitalen Raum optimistischer ihr eigenes Potenzial zur Geltung bringen sollten. Moga äußerte sich im Rahmen des offiziellen Dialogs zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Rumänischen Orthodoxen Kirche.

Vom 19. bis 23. Februar fand die bereits 16. Begegnung im Bilateralen Theologischen Dialog zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Rumänischen Orthodoxen Kirche statt. Die Tagung stand unter dem Generalthema "Jugendpastoral und -katechese als ökumenische Zukunftsaufgabe". Hierzu hatte die Evangelische Kirche in Deutschland in das Christliche Tagungszentrum Haus Hainstein in Eisenach eingeladen.

Das Treffen fand im 45. Jubiläumsjahr des Dialogs statt. Moga gehörte der rumänisch-orthodoxen Delegation, die von Bischof Serafim (Joanta) angeführt wurde. Die Delegationsleitung der Evangelischen Kirche hatte Bischöfin Petra Bosse-Huber inne.

Moga wies in seinen Ausführungen u.a. darauf hin, dass es in Rumänien trotz der fehlenden religiösen Sozialisation zu kommunistischen Zeiten vor 1990, im Anschluss zu einer religiösen Renaissance kam, die vor allem von der Jugend getragen wurde. Er formuliert die These, dass diese spirituelle Renaissance damit zu erklären sei, dass ein gewisses latentes Glaubensethos erhalten geblieben sei, das u.a. auch auf das spirituell-existenzielle Zeugnis charismatischer Persönlichkeiten zurückzuführen sei. Damit erweise sich eine dialogisch gelebte, authentische Spiritualität als ein wichtiger Schlüssel für eine erfolgreiche Jugendarbeit.

### **Religiöse Bildung in Rumänien und Deutschland**

Themen der Tagung waren u.a. ein Vergleich der Möglichkeiten religiöser Bildung in Rumänien und Deutschland, ökumenische Bibelarbeit, konfessionell-kooperativer Religionsunterricht oder auch Bemühungen zur Überwindung vorhandener religiöser Sozialisierungslücken und Fragen, wie es wieder besser gelingen kann, der kommenden Generation den christlichen Glauben und die Kirche näherzubringen.

Im abschließenden Kommuniqué zur Tagung wird u.a. festgehalten, dass in Rumänien

alle staatlich anerkannten Kultusgemeinschaften das gleiche Recht zur Durchführung des Religionsunterrichts und in der Ausbildung von Lehrkräften haben. Es gebe etablierte Formen der Kooperation, auch in der interkonfessionellen Offenheit des konfessionellen Religionsunterrichts. Als Beispiel wurde auf den evangelischen Religionsunterricht in deutschsprachigen staatlichen Schulen, der auch von orthodoxen Schülerinnen und Schülern besucht wird, eingegangen.

Entsprechend habe man auch die Situation in Deutschland angesprochen, wie es im Kommuniké weiter heißt. Viele orthodoxe Schülerinnen und Schüler würden den evangelischen oder katholischen Religionsunterricht besuchen, weil es noch nicht flächendeckend das Angebot des orthodoxen Religionsunterrichts gibt. In der Diskussion sei deutlich geworden,

"dass eine Minderheitensituation von Religionsgemeinschaften einen so prägenden Kontext von kirchlicher Arbeit darstellt, dass viele Erfahrungen der rumänisch-orthodoxen Diaspora in Deutschland und der Evangelischen Kirche A.B. in Rumänien geteilt werden".

Allerdings seien einige wichtige Handlungsmöglichkeiten der Minderheitskirchen im Religionsunterricht in Rumänien breiter. Das betreffe etwa Möglichkeiten der Ausbildung von Lehrkräften und der Einrichtung von konfessionellem Religionsunterricht. Es sei notwendig, dass die Kirchen in Deutschland ihr Engagement für einen stärkeren Zugang von Minderheitskirchen, insbesondere in Bezug auf die Ausbildung und Anstellung von Lehrkräften an staatlichen Schulen, fortsetzen, hielten die Teilnehmer der Tagung im Kommuniké fest.

## Theologe ortet Bedeutungsverlust der Orthodoxen Kirche in Griechenland

**Griechisches Parlament stimmt für gleichgeschlechtliche Ehe und fixiert damit erstmals in einem orthodox geprägten Staat rechtliche Gleichstellung Homosexueller - Salzburger Ostkirchenexperte Winkler in ORF-Sendung "Religion aktuell": Kirchen haben sich Bedeutungsverlust selbst zuzuschreiben**

Salzburg, 17.02.2024 (KAP) Das griechische Parlament hat am Donnerstagabend, 15. Februar, nach wochenlanger gesellschaftlicher Debatte für eine Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe gestimmt. Damit ist Griechenland das erste christlich-orthodox geprägte Land, das eine entsprechende rechtliche Gleichstellung Homosexueller gestattet. Bisher durften Betroffene nur eine sogenannte eingetragene Partnerschaft eingehen. Die Orthodoxe Kirche hat heftig gegen das Vorhaben protestiert, konnte sich aber nicht durchsetzen. Der Salzburger Ostkirchenexperte Prof. Dietmar Winkler konstatierte am Freitagabend (16. Februar) in der ORF-Radiosendung "Religion aktuell" einen gesellschaftlichen Bedeutungsverlust der Kirche, den sich diese aber selbst zuzuschreiben habe.

Dieser Bedeutungsverlust müsste nicht sein, so Winkler, doch die Kirche würden gerade in manchen gesellschaftspolitischen Fragen nicht nur den gesellschaftlichen Entwicklungen hinterherlaufen, "sondern sie missachten auch längst etablierte wissenschaftlichen Erkenntnisse".

Das habe nichts mit einer Anpassung an den sogenannten "Zeitgeist" zu tun bzw. mit einer Anpassung an die moralisch verfallene west-

liche Gesellschaft. Teile der Kirchen oder in den Kirchen würden aber schlicht in ihren theologischen Begründungen wissenschaftliche Erkenntnisse aus der Psychologie, Biologie oder Humanmedizin nicht berücksichtigen. Dies stellte Winkler auch für jene Erklärung fest, mit der die Orthodoxe Kirche Griechenlands die Einführung der Homo-Ehe ablehnte. Winkler unterstrich zugleich, dass er seine grundlegende Kritik an der Missachtung wissenschaftlicher Erkenntnisse nicht nur auf die Orthodoxe Kirche beziehe.

Gegenüber Kathpress präzisierte Prof. Winkler: "Man muss die humanwissenschaftlichen Erkenntnisse über die menschliche Natur berücksichtigen und kann angesichts dieser Erkenntnisse die geschöpfliche Bipolarität nicht mehr als reine Entweder-Order-Alternative verstehen. Wenn dies doch getan wird, dann wird die Kirche immer den gesellschaftlichen Entwicklungen hinterherlaufen."

Gegenüber dem ORF verwies der Theologe auch auf den griechischen konservativen Ministerpräsidenten Kyriakos Mitsotakis. Das Parlament entscheide nicht über einen gesellschaftlichen Wandel, sondern dieser Wandel habe längst stattgefunden, sagte Mitsotakis. Das

scheine ein wesentlicher Punkt zu sein, so Winkler.

Für den entsprechenden Gesetzesvorschlag der konservativen Regierung votierten am Donnerstag nach stundenlangen Diskussionen in namentlicher Abstimmung 176 Abgeordnete. 76 stimmten dagegen. Ministerpräsident Mitsotakis setzte sich damit nicht zuletzt gegen Widerstand aus den Reihen seiner eigenen konservativen Partei Nea Dimokratia durch. Zuspätkommen erhielt er von mehreren linksgerichteten

Parteien. Führende Kirchenvertreter beklagten in den vergangenen Wochen, dass die geplante Gesetzgebung "den grundlegenden Kern der Gesellschaft" zerstöre.

Verheiratete Homosexuelle dürfen laut dem neuen Gesetz wie heterosexuelle Ehepaare Kinder adoptieren. Nicht vorgesehen ist die Möglichkeit, in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft Kinder durch künstliche Befruchtung zu zeugen.

## Österreichs Kirchen: Ungebrochene Solidarität mit der Ukraine

### Erklärung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich anlässlich des zweiten Jahrestags des Angriffs Russlands auf die Ukraine

Wien, 23.02.2024 (KAP) "Die Menschen in der Ukraine brauchen unsere ungebrochene Solidarität." - Das betont der Vorstand des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ) in einer Erklärung zum zweiten Jahrestags des Angriffs Russlands auf die Ukraine. Wörtlich heißt es in der am Freitag, 23. Februar, veröffentlichten Erklärung: "Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen. Wir dürfen in unserer Unterstützung für die Ukraine nicht nachlassen." - Im Fall der Kirchen sind dies besonders die humanitäre Hilfe sowie das Gebet.

Der Angriff sei ein "fundamentaler Bruch des Völkerrechts" und habe millionenfach Tod, Not und Vertreibung mit sich gebracht. Der Krieg zerstöre die Zukunft der Menschen in der Ukraine, und er zerstöre zugleich auch die Zukunft und die Chancen der Bevölkerung Russ-

lands, in einem freien und demokratischen Staat zu leben, der den Prinzipien der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet ist.

Der Dank des ÖRKÖ gelte all jenen Menschen und Organisationen in Österreich, die in den vergangenen zwei Jahren den Menschen in der Ukraine und den vielen Geflüchteten geholfen haben. "Wir appellieren zugleich eindringlich, in dieser Hilfe und Solidarität nicht nachzulassen. Die Ukrainerinnen und Ukrainer müssen wissen, dass sie nicht vergessen sind und nicht im Stich gelassen werden", heißt es in der Erklärung. Der ÖRKÖ-Vorstand ruft zugleich anlässlich der aktuellen ökumenischen Friedensgebete in ganz Österreich dazu auf, an diesen Gebeten teilzunehmen.

(Website des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich: [www.oekumene.at](http://www.oekumene.at))

## Ökumenische Ukraine-Friedensgebete in Wien, Salzburg und Innsbruck

**Kardinal Schönborn bei Ökumene-Gottesdienst im Stephansdom: "Gott soll die Herzen berühren, damit sie sich für den Frieden öffnen" - Ukrainischer Botschafter Khymynets dankbar für "starkes Signal der Unterstützung für das ukrainische Volk und für den Frieden" - Erzbischof Lackner: Nicht an den Krieg gewöhnen - Bischof Glettler, Landtagspräsidentin Ledl-Rossmann, Staatssekretär Tursky und ukrainischer Honorarkonsul Peer setzen Zeichen der Solidarität im Jakobsdom**

Wien/Salzburg/Innsbruck, 24.02.2024 (KAP) Im Wiener Stephansdom, im Dom in Salzburg und in Innsbruck haben am Samstag, 24. Februar, dem zweiten Jahrestag des Angriffs Russlands auf die Ukraine, ökumenische Friedensgebete stattgefunden. Der Feier im Stephansdom standen Kardinal Christoph Schönborn und die Spit-

zen der heimischen Ökumene - darunter Metropolit Arsenios - sowie zwei Bischöfe aus der Ukraine vor. Sowohl der Wiener Erzbischof, als auch der ukrainische Botschafter in Österreich, Vasyl Khymynets, gedachten der zahlreichen Opfer des Krieges und erbaten eindringlich den Frieden für die Ukraine. Erzbischof Franz Lack-

ner rief dazu auf, sich nicht an den Krieg zu gewöhnen. "Im Gebet wächst trotz allem eine Widerstandskraft, ganz bestimmt jedoch eine Zuversicht", sagte Bischof Hermann Glettler.

Vor zwei Jahren sei die Ukraine völkerrechtswidrig von Russland "überfallen" worden, betonte der Wiener Erzbischof und erinnerte an Tausende Tote und Verletzt, Millionen Geflüchtete, an die nach Russland verbrachten Kinder, die Zerstörungen und an das Leid der Familien. "Wir denken mit Mitgefühl auch an die Mütter, deren Söhne auf beiden Seiten durch sinnlose Gewalt zu Tode gekommen sind", so der Kardinal. Das Gebet gerade angesichts eines "sinnlosen Krieges" bezeichnet Schönborn als eine "Macht". Das Gebet mache bewusst, "dass wir allein es nicht schaffen können. Gott soll die Herzen berühren, damit sie sich für den Frieden öffnen. Wir bringen unser Gebet vor Gott, damit Friede werde."

### **Dank für Hilfe aus Österreich**

Der Botschafter der Ukraine bezeichnet das gemeinsame ökumenische Gebet als ein "starkes Signal der Unterstützung für das ukrainische Volk und für den Frieden". Seit zwei Jahren spüre die Ukraine die "große Unterstützung aus Österreich", sagte Khymynets mit Dank an die staatlichen Stellen und die Hilfsorganisationen. "Die Ukrainer wollen in Frieden leben. Dafür kämpfen wir und dafür kämpfen wir weiter", so der Botschafter, der um Unterstützung bat: "Jede Hilfe ist wichtig und gibt Hoffnung auf Freiheit und Frieden."

An der Feier haben neben Kardinal Schönborn auch der päpstliche Gesandte in Österreich, Nuntius Erzbischof Pedro Lopez, der evangelische Bischof Michael Chalupka, der armenisch-apostolische Bischof und der Vorsitzende des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich, Tiran Petrosyan, der griechisch-orthodoxe Metropolit und Vorsitzende der Orthodoxen Bischofskonferenz in Österreich, Arsenios (Kardamakis), sowie Chorepiskopus Emanuel Aydin von der Syrisch-Orthodoxen Kirche und der Wiener Ostkirchen-Generalvikar, der ukrainisch-katholische Geistliche Yuriy Kolasa, teilgenommen. Die Orthodoxe Kirche der Ukraine (OKU) war durch Bischof Antoni (Firley) von Chernihiv und Nizhyn repräsentiert. Ebenfalls aus der Ukraine gekommen war der griechisch-katholische Bischof Petro Holinej von Kolomyia.

Auch zahlreiche Vertreter aus Diplomatie und Politik waren bei der Feier, unter ihnen der Europaabgeordnete Lukas Mandl (EVP) und die Nationalrätin Stephanie Krisper (NEOS). Musikalisch mitgestaltet wurde der Gottesdienst vom Jugendchor der ukrainischen griechisch-katholischen Zentralpfarre St. Barbara in Wien.

### **Aktionstag der ukrainischen Gemeinde**

Vor Beginn der Feier hat auf dem Stephansplatz ein Aktionstag für die Ukraine stattgefunden. Auch das Friedensgebet in Salzburg ist Teil eines vom dortigen Ukrainischen Zentrum Salzburg veranstalteten Aktionstags, den der Pfarrer der ukrainischen Griechisch-Katholischen Gemeinde St. Markus in Salzburg, Vitaliy Mykytyn, mitorganisiert hat.

Mykytyn wies in seiner Ansprache auf die nach wie vor katastrophale Situation für die Zivilbevölkerung der Ukraine hin. Er sprach zugleich auch im Namen aller Betroffenen seinen Dank für die fortgesetzte Hilfe aus, welche vonseiten der österreichischen Gesellschaft, Politik und auch der Kirche geleistet wird. Unter den Rednerinnen und Rednern war auch der Honorarkonsul der Ukraine, Martin Panosch. Mit Kerzen wurden auf dem Boden des Alten Markts die Umrisse der Ukraine gezeichnet.

### **Lackner: Nicht an den Krieg gewöhnen**

Das Friedensgebet im Salzburger Dom wurde im byzantinischen Ritus abgehalten. Es beteiligten sich Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen in Salzburg beheimateten christlichen Kirchen. Erzbischof Lackner wurde von Generalvikar Roland Rasser vertreten.

In einer Grußbotschaft, die Generalvikar Rasser verlas, mahnte der Vorsitzende der Bischofskonferenz: "Noch immer scheint der Wille zum Krieg aufseiten der Regierenden in Russland ungebrochen; noch immer sind sie geblendet vom Wahn, aus Zerstörung und Knechtung könnte Friede erwachsen." Gerade deshalb, so der Erzbischof, dürfe man aber die Hoffnung nicht aufgeben, es bedürfe weiterhin des Einsatzes und überzeugten Handelns für den Frieden.

"Heute wollen wir den Kriegsverantwortlichen und Aggressoren vereint zurufen: Hört auf! Hört auf mit diesem Morden, im Namen Christi, der unser aller Richter sein wird!" Erzbischof Lackner schloss mit dem Aufruf, sich an den Krieg in der Ukraine nicht zu gewöhnen: "Ich versichere euch: Im Gebet für den Frieden

sind wir vereint. Schwestern und Brüder aus der Ukraine und in der Ukraine: Ihr seid nicht allein!"

### **Gemeinsames Zeichen im Innsbrucker Dom**

Auf Einladung von Bischof Hermann Glettler hat am zweiten Jahrestag des Überfalls Russlands auf die Ukraine ein ökumenisches Friedensgebet auch im Innsbrucker Dom stattgefunden. Im Gedenken an die zahlreichen Opfer und als weiteres Zeichen der Solidarität waren dazu am Samstag u.a. Landtagspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann, Staatssekretär Florian Tursky, der ukrainische Honorarkonsul Walter Peer sowie zahlreiche UkrainerInnen, die Schutz in Tirol gefunden haben, in den Dom zu St. Jakob gekommen. "Das Gebet um Frieden, zu dem ich ganz herzlich einlade, ist angesichts der fortschreitenden Grausamkeiten wie ein gemeinsames Zufluchtnehmen", sagte der Innsbrucker Bischof bei der Feier mit zahlreichen Gläubigen.

Nach zwei Jahren Krieg sei das Gebet "ein intensives, solidarisches Klagen vor Gott: Wie kann es sein, dass das Böse sich weiterhin aufbläht und ein skrupelloser Kriegstreiber alle Grenzen von Recht und Humanität missachtet?", fragte der Bischof und sagte weiter: "Im Gebet wächst trotz allem eine Widerstandskraft, ganz bestimmt jedoch eine Zuversicht. Gottes Geist gibt nicht nur Kraft zum Durchhalten, er stärkt Menschen aller Konfessionen und Weltanschauungen, sich persönlich für die vielen Notleidenden einzusetzen. Damit wird in aller Ohnmacht

eine Geschichte der Hoffnung über Landesgrenzen hinweg geschrieben."

Landtagspräsidentin Ledl-Rossmann wertete das gemeinsame Friedensgebet als "ein klares Signal, dass wir solidarisch hinter unseren europäischen Freundinnen und Freunden in der Ukraine stehen. Dazu zählt auch, dass Schutzsuchende aus der Ukraine in Tirol auch weiterhin willkommen sind". Aktuell seien rund 3.750 aus der Ukraine vertriebene Personen in Tirol gemeldet - davon rund ein Viertel Kinder und Jugendliche.

"Krieg bedeutet Leid - insbesondere für die Zivilbevölkerung. Umso wichtiger ist es, dass wir als europäische Nachbarn nicht tatenlos zusehen, sondern unseren ukrainischen Freundinnen und Freunden beistehen", sagte Staatssekretär Tursky und betonte: "Auch nach zwei Jahren Krieg dürfen wir nicht müde werden, die russische Aggression auf das schärfste zu verurteilen und jenen Schutzsuchenden bestmöglich zu helfen, die in Österreich ankommen."

Der Ukrainische Honorarkonsul erinnerte an das große Leid in der Ukraine und warnte davor, es zu vergessen. Demgegenüber sei das gemeinsame Gedenken "einmal mehr ein Zeichen der Solidarität und Hilfsbereitschaft in Tirol". Peer lonte die Bemühungen in Tirol, um Schutzsuchende in der Gesellschaft und am Arbeitsmarkt zu integrieren und sagte: "Von dieser Integration profitieren beide Seiten - Ukrainerinnen und Ukrainer sowie Tirolerinnen und Tiroler - gleichermaßen".

---

## A L S V O R S C H A U G E L A U F E N

---

### **Friedensgebete in Wien und Salzburg am Jahrestag des Ukrainekriegs**

**Kardinal Schönborn lädt am Samstag zu Ökumene-Gottesdienst in den Stephansdom - Vorsitzende der Orthodoxen Bischofskonferenz in Österreich, Metropolit Arsenios (Kardamakis), hat Teilnahme angekündigt**

Wien/Salzburg, 21.02.2024 (KAP) Im Wiener Stephansdom und im Dom in Salzburg finden am Samstag, 24. Februar, dem zweiten Jahrestag der Invasion Russlands in der Ukraine, ökumenische Friedensgebete statt. Als "wichtiges Zeichen für unsere gemeinsamen Werte wie Frieden, Solidarität und Einheit", bezeichnete Kardinal Christoph Schönborn den Gottesdienst im Stephansdom am 24. Februar um 17 Uhr, bei dem Vertre-

terinnen und Vertreter verschiedener christlicher Konfessionen Gebete sprechen und Kerzen entzünden werden. Das Friedensgebet im Salzburger Dom, das einen vom Ukrainischen Zentrum Salzburg organisierten Aktionstag abschließt, beginnt am Samstag um 18 Uhr.

Für die Feier im Wiener Stephansdom haben neben Kardinal Schönborn auch der päpstliche Gesandte in Österreich, Nuntius Erz-

bischof Pedro Lopez, der evangelische Bischof Michael Chalupka, der armenisch-apostolische Bischof und der Vorsitzende des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich, Tiran Petrosyan, der griechisch-orthodoxe Metropolit und Vorsitzende der Orthodoxen Bischofskonferenz in Österreich, Arsenios (Kardamakis), sowie Chorpiskopus Emanuel Aydin von der Syrisch-Orthodoxen Kirche ihre Teilnahme angekündigt.

Auch Vertreter aus Politik und Diplomatie werden erwartet, unter ihnen etwa der ukrainische Botschafter in Österreich, Vasyl Khymynets, wie der Wiener Ostkirchen-Generalvikar, der ukrainisch-katholische Geistliche Yuriy Kolas, der Nachrichtenagentur Kathpress (Mittwoch) auf Anfrage mitteilte. Musikalisch mitgestaltet wird der Gottesdienst vom Jugendchor der ukrainischen griechisch-katholischen Zentralpfarre St. Barbara in Wien, von der zahlreiche Gläubige bei dem Gottesdienst teilnehmen werden.

"Der Angriffskrieg Russlands gegen die freie und souveräne Ukraine ist ein fundamentaler Bruch des Völkerrechts", betonte Kardinal Schönborn in einem Einladungsschreiben an die Vertreterinnen und Vertreter der christlichen Kirchen. Seit dem Kriegsbeginn am 24. Februar 2022 steige die Zahl der Toten und Verwundeten in die Hunderttausende, Millionen Menschen seien vertrieben worden oder geflüchtet. Krieg sei immer ein Ernstfall für den persönlichen Glauben: "Die Kirchen und die Gläubigen stehen in der Pflicht, sich als Friedensstifter zu bewähren. Dazu zählt auch das beharrliche gemeinsame Gebet", so der Wiener Erzbischof.

### **"An das Leid nicht gewöhnen"**

"Wir dürfen uns an das furchtbare Leid, die Zerstörung und den Tod nicht gewöhnen", betonte der Salzburger Erzbischof Franz Lackner, in der Einladung zu dem ökumenischen Friedensgebet im Salzburger Dom am Samstag (18 Uhr). Von dem "grausamen und verbrecherischen Überfall Russlands auf die Ukraine" bleibe niemand verschont, besonders nicht die Kleinsten, Ärmsten und Schwächsten, so der Vorsitzende der Öster-

reichischen Bischofskonferenz. "Helfen wir, wo wir können, beten wir gemeinsam für den Frieden, den dieses uns so nahe Land so sehnsüchtig erwartet", rief Lackner auf.

Das Friedensgebet ist Teil eines vom Ukrainischen Zentrum Salzburg veranstalteten Aktionstags, den der Pfarrer der ukrainischen Griechisch-Katholischen Gemeinde St. Markus in Salzburg, Vitaliy Mykytyn, mitorganisiert. Bereits ab 15 Uhr gibt es einen Umzug für den Frieden in der Ukraine vom Mirabellplatz zum Alten Markt, wo um 15.45 Uhr eine Kundgebung stattfinden wird. Um 18 Uhr werden dann Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen in Salzburg gemeinsam mit Generalvikar Roland Rasser, der Erzbischof Lackner vertritt, im Dom für den Frieden beten.

### **Lichtermeer am Stephansplatz**

Bereits am Donnerstag (22. Februar, 17 Uhr) lädt die Caritas in Wien zu einem Lichtermeer für die Millionen von Kindern, die vom Krieg in der Ukraine betroffen sind, ein. Mehr als 5.000 Kerzen sollen laut der Hilfsorganisation auf dem Stephansplatz entzündet werden, verbunden mit dem Appell, die Unterstützung für die Menschen in der Ukraine aufrechtzuerhalten. Die Caritas-Hilfe in der Ukraine habe seit Ausbruch des Kriegs mehr als vier Millionen Menschen erreicht, hieß es in einer Aussendung. "Diese Hilfe wärmt, sie macht satt und gibt Kindern ein Dach über dem Kopf", rief die kirchliche Hilfsorganisation zu weiterer Solidarität der Österreicherinnen und Österreicher auf.

Zum Lichtermeer kündigte die Caritas kurze Reden an, u.a. vom ukrainischen Botschafter Khymynets, Caritas-Europa-Präsident Michael Landau, sowie vom Zentralpfarrer der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Pfarre St. Barbara, Taras Chagala. Ebenfalls zu Wort melden werden sich die beiden Wiener Caritasdirektoren Klaus Schwertner und Alexander Bodmann sowie Eva Czermak und Olga Chertilina, die bei Caritas Österreich internationale Hilfsprogramme verantworten.

---



---

## I N T E R N A T I O N A L

---

### **Bartholomaios: Russischer Angriff zeigt ständige Präsenz des Bösen**

**Ökumenischer Patriarch feiert in Istanbul Gedenkgottesdienst zu Ehren aller Ukrainer, die bislang im Verteidigungskampf ums Leben gekommen sind**

Istanbul, 26.02.2024 (KAP) Mit deutlichen Worten hat der Ökumenische Patriarch Bartholomaios einmal mehr den russischen Angriff auf die Ukraine verurteilt und zugleich das ukrainische Volk ermutigt, in seinem Widerstand nicht nachzulassen. Der Angriff Russlands mache deutlich, dass das Böse ständig in der Welt präsent sei, so der Patriarch am Wochenende bei einem Gottesdienst in Istanbul. Der Gottesdienst in der St. Nikolaus-Kirche am Goldenen Horn fand anlässlich des zweiten Jahrestags des russischen Angriffs statt. Der Patriarch erinnerte zugleich daran, dass das ukrainische Volk schon seit zehn Jahren um seine Freiheit und Unabhängigkeit kämpfe.

Der Einmarsch der russischen Streitkräfte in die Ukraine sei durch nichts zu rechtfertigen und ein krasses Beispiel für Ungerechtigkeit und Unterdrückung, die die Kirche anprangern müsse, so der Patriarch. Er widerspreche den grundlegenden Prinzipien von Gerechtigkeit und Frieden, die im Zentrum des christlichen Glau-

bens stünden. Der Einmarsch sei ein Angriff auf die Würde und Souveränität eines Volkes, das lange für seine Selbstbestimmung gekämpft und lange "unter dem Joch der Tyrannei gelitten hat".

Bartholomaios feierte den Gottesdienst laut einer Mitteilung des Infoportals "Orthodox-Times" zu Ehren all jener der Ukrainer, die ihr Leben für die Verteidigung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität ihres Landes geopfert haben. Der Patriarch rief das ukrainische Volk auf, geeint zu bleiben und die Hoffnung nicht zu verlieren, damit das Opfer derer, die ihr Leben im Kampf verloren haben, nicht vergeblich sei. Er äußerte die Überzeugung, dass das ukrainische Volk aus diesem Krieg siegreich hervorgehen wird.

Und wörtlich fügte der Patriarch hinzu: "Möge das Gedenken an all jene, die ihr Leben für die Freiheit der Ukraine geopfert haben, ewig sein, und möge ihr Opfer uns inspirieren, eine Welt aufzubauen, in der Frieden, Gerechtigkeit, Barmherzigkeit und Liebe herrschen."

### **Ukrainische Kirche besteht auf Abwehrkampf gegen Russland**

**Ukrainische Griechisch-katholische Kirche verabschiedete Erklärung: Moskau führt neokolonialen Krieg mit deutlichen Anzeichen eines Völkermords - Gesamtukrainischer Rat der Kirchen und Religionsgemeinschaften lädt zu drei Tagen Gebet und Fasten für die Ukraine von 1. bis 3. März**

Kiew, 27.02.2024 (KAP/KNA) Die griechisch-katholischen Bischöfe wenden sich im Krieg gegen Forderungen nach einem Kompromiss mit Moskau. Der Kampf der ukrainischen Nation für das Recht auf ihre eigene Existenz und Zukunft müsse gewonnen werden. Zum zweiten Jahrestag des russischen Angriffs hat die griechisch-katholische Kirche in Kiew zur Verteidigung der Ukraine aufgerufen. Russland lasse der Ukraine keine andere Wahl, als sich militärisch zu verteidigen, erklärten die Bischöfe der mit Rom verbundenen Kirche. Moskau führe einen neokolonialen Krieg mit deutlichen Anzeichen eines Völkermords.

"Die Vernichtung der Ukrainer ist zu einem politischen Programm der russischen Führung geworden, zu ihrer Manie, die von vielen Bürgern des Aggressorstaats unterstützt wird, was auf den ungesunden Zustand der russischen Gesellschaft hinweist", klagten die Bischöfe. Forderungen nach einem Kompromiss mit Russland, die in der Ukraine von Zeit zu Zeit zu hören seien, entbehrten jeder Grundlage. Sie zeugten von einem mangelnden Verständnis für die Situation.

Solche Forderungen seien unmoralisch, da sie die Grundsätze der Achtung der Menschenwürde und eines gerechten Friedens verletzten, hieß es weiter. Ein Kompromiss könne

nicht erreicht werden, "wenn eine der Parteien die Existenz der anderen leugnet". Der Krieg sei ein nationaler Befreiungskampf der ukrainischen Nation für das Recht auf ihre Existenz sowie für die Unabhängigkeit, Freiheit und Würde ihrer Bürger.

Die Kirche kritisiert auch die internationale Gemeinschaft. In der Zeit vor dem Krieg habe "niemand zugehört", als die ukrainische Gesellschaft darauf hingewiesen habe, dass in Russland eine aggressive Ideologie aus "Ressentiments, Nationalismus und pseudoreligiösem Messianismus" entstehe. Die Rolle des Moskauer Patriarchats bei der Schaffung und Verbreitung dieser Ideologie der "russischen Welt" sei inzwischen unbestritten. Die russisch-orthodoxe Kirche habe dieser Denkart einen quasireligiösen

Geist verliehen, indem sie Russland als letzte Bastion des Christentums auf Erden darstelle, die den Mächten des Bösen widerstehe. "Gleichzeitig spricht die russisch-orthodoxe Kirche den tödlichsten Atomwaffen der Welt einen fast heiligen Status zu", so die Bischöfe.

Der Gesamtukrainische Rat der Kirchen und Religionsgemeinschaften lud unterdessen zu drei Tagen Gebet und Fasten für die Ukraine von 1. bis 3. März ein. Dabei solle für das ukrainische Volk, die Soldaten, die Freilassung der Kriegsgefangenen und den Sieg gebetet werden. Dem Rat gehören 15 Glaubensgemeinschaften - christliche, jüdische und muslimische - sowie die ukrainische Bibelgesellschaft an. Damit repräsentiert er nach eigenen Angaben mehr als 95 Prozent der religiösen Gemeinden des Landes.

## Historiker und Priester: Krieg stärkt Identität der Ukraine

**Griechisch-katholischen Priesters Mykhaleyko im "Tagespost"-Interview: Selbst wenn Russland die Ukraine erobert, könnte es das Land nicht kontrollieren - Längerfristig wird es zu einer Krise der Orthodoxen Kirche in Russland kommen**

Bonn, 27.02.2024 (KAP) Die Ukraine hat durch den Krieg nach Ansicht des ukrainischen Historikers und griechisch-katholischen Priesters Andriy Mykhaleyko eine stärkere nationale Identität entwickelt. Das sagte der Geistliche der in Würzburg erscheinenden katholischen Wochenzeitung "Die Tagespost" (22. Februar). "Bis 2014 sahen viele Ukrainer sich der russischen Kultur stark verbunden. Jetzt gibt es ganz klar eine eigene ukrainische Identität, die sich von der russischen unterscheidet."

Der Krieg könne nicht enden, bevor sich in Russland nichts ändere, fügte Mykhaleyko hinzu. Denn es sei nicht klar, wie abhängig das derzeitige System von Putin sei. Selbst wenn Russland die Ukraine erobere, könne es das Land nicht kontrollieren. "Kein russischer Soldat oder Beamter könnte in diesem Land ruhig schlafen. Es hat sich so viel an negativen Emotionen gebildet, dass der Widerstand auf allen Ebenen bleiben wird. Es bräuchte rund 1,5 Millionen russische Soldaten, um die Ukraine vollständig zu kontrollieren. Das kann nicht funktionieren." Die Ukrainer würden sich nicht beugen, "vor allem die Menschen, die die Hölle der Front erlebt haben".

Er glaube auch nicht, dass Putin noch an eine vollständige Okkupation der Ukraine denke.

Mykhaleyko: "Er will den Widerstand der Ukrainer, von dem er überrascht war, brechen und einen Sieg verkünden, weil er daran glaubt, dass Russland unbesiegbar ist."

Auch eine Aussöhnung der beiden Länder nach Kriegsende halte er für unwahrscheinlich, weil es dazu "die Anerkennung der eigenen Schuld und die Bereitschaft zu einer Wiedergutmachung" brauche. Die Zukunft liege eher in einer "pragmatischen Nachbarschaft".

In Bezug auf die Rolle der Russisch-orthodoxen Kirche, deren Patriarch Kyrill Putins Krieg unterstützt, erklärte Mykhaleyko: "Einerseits instrumentalisiert Putin die Kirche, andererseits handelt Patriarch Kyrill nicht unter Zwang, sondern stellt sich gerne in den Dienst des Staates." Die annektierten Gebiete aus der Ukraine würden sofort auch kirchlich annektiert, alle Kirchen, die nicht zum Moskauer Patriarchat gehörten, würden dort verfolgt oder unter Druck gesetzt.

Längerfristig werde es allerdings zu einer Krise der Orthodoxen Kirche in Russland kommen, prognostizierte: "Wenn die staatliche Unterstützung einmal wegfällt und sich die Politik nicht mehr so stark für die Kirche interessiert, dann muss sich die russische Orthodoxie plötzlich ihren eigentlichen Aufgaben widmen:

der Seelsorge und den sozialen Fragen." Heute werde über die Probleme des Glaubens in Russland nicht einmal diskutiert. Darum werde es irgendwann zu einer Identitätskrise dieser Kirche kommen.

Die Ukrainisch Orthodoxe Kirche (UOK) ist nach Ansicht des Priesters und Historikers nach wie vor nicht völlig unabhängig von Moskau. Sie behaupte dies zwar, habe sich aber nicht endgültig abgegrenzt. Moskau sehe sie weiter als Teil des eigenen Patriarchats. Es fehle jedenfalls eine endgültige Abgrenzung der UOK von Moskau.

Das Verbot der UOK, das derzeit im ukrainischen Parlament diskutiert werde, sei jedoch nicht möglich, weil die einzelnen Gemeinden Rechtsträger der Kirche seien. "Man müsste rund 12.000 Gemeinden rechtlich auflösen, also nachweisen, dass jede einzelne Pfarrei gegen Gesetze verstoßen hat. Das ist alles politische Rhetorik, aber rechtlich und praktisch nicht um-

setzbar. Ein allgemeines Verbot der Kirche ist nicht möglich."

Im Blick auf die autokephale "Orthodoxe Kirche der Ukraine" (OKU) meinte Mykhaleyko, diese könnte den Status einer Staatskirche anstreben, was er grundsätzlich aber sehr kritisch sehe: "Unter der derzeitigen Regierung, die eher einen pragmatischen Zugang zur Religion hat, sehe ich da keine Gefahr, aber wenn Petro Poroschenko wieder an die Macht käme, könnte es dafür Sympathien geben." Er sehe bei der OKU allerdings eine große Schwäche: "Sie hat nicht das intellektuelle Potenzial für eine solche Rolle. Sie spielt vor allem mit Emotionen. Wegen des Agierens von Kyrill auf der einen Seite und andererseits bestimmter Äußerungen von Papst Franziskus, die in der Ukraine nicht gut ankamen, wirkt für viele Ukrainer die Idee einer von allen Seiten unabhängigen, ganz ukrainischen Kirche sympathisch."

## Leichnam von Kreml-Kritiker Nawalny an Mutter übergeben

**In einer emotionalen Videobotschaft fordert die Witwe von Alexej Nawalny die Herausgabe seines Leichnams. Wenig später zeigt sich: Der öffentliche Druck auf die russischen Behörden war offenbar erfolgreich.**

Moskau, 24.02.2024 (KAP/KNA) Der Leichnam von Kreml-Kritiker Alexej Nawalny ist an dessen Mutter übergeben worden. Das bestätigte am Samstag, 24. Februar, eine Sprecherin aus dem Umfeld des Dissidenten. Die Bestattung sei noch nicht erfolgt, schrieb Kira Jarmysch auf der Online-Plattform X. Es sei unklar, ob sie tatsächlich so stattfinden könne, wie die Angehörigen es wünschten.

Am Samstagmorgen hatte Nawalyns Witwe in einer aufsehenerregenden Videobotschaft die Herausgabe des Leichnams gefordert. An den russischen Präsidenten Wladimir Putin gerichtet, sagte Julia Nawalnaja: "Geben Sie uns den Leichnam meines Mannes." Dieser habe ein menschliches Begräbnis verdient, nach christlich-orthodoxer Sitte. Kein echter Christ dürfe ihm dies verwehren, betonte die 47-Jährige.

In ihrer Videobotschaft griff Julia Nawalnaja auch religiöse Aspekte auf. So warf sie Putin, der sich in der Öffentlichkeit gerne als praktizierender orthodoxer Christ zeigt, Heuchelei

vor. "Kein echter Christ könnte das tun, was Putin mit Alexej macht", sagte die 47-Jährige. Selbst nach seinem Tod werde der Körper als Geisel gehalten. Das sei nicht einmal Hass - "es ist Satanismus". Die öffentlichen Glaubensbezeugungen des Staatsherrn bezeichnete Nawalnaja als "Fake". Wahrer Glaube beschränke sich nicht auf das medienwirksame Küssen von Ikonen. "Es geht um Barmherzigkeit, um Erlösung", betonte sie.

Der prominente Widersacher Putins starb vergangene Woche in einem sibirischen Straflager. Die genauen Umstände sind Gegenstand zahlreicher Spekulationen. Einige Mitstreiter Nawalyns gehen gar von einer gezielten Tötung aus. Der Aktivist mit guten Kontakten zu westlichen Regierungskreisen saß seit 2021 in Haft. Mehrere Gerichte in Russland hatten in fragwürdigen Prozessen langjährige Freiheitsstrafen gegen ihn verhängt - unter anderem wegen Extremismus. Insgesamt sollte er mehrere Jahrzehnte hinter Gittern verbringen.

## Berlin: Kirche und Politik gedenken der Opfer des Ukrainekrieges

### Kommissariats-Leiter Jüsten zum zweiten Jahrestag des Kriegsbeginns: Kampf der Ukraine um Freiheit und Demokratie weiter unterstützen

Berlin, 21.02.2024 (KAP/KNA) Mit einem ökumenischen Friedensgebet der Kirchen in Berlin haben Vertreter aus Deutschlands Parlament und Regierung am Mittwoch, 21. Februar, der Opfer des Krieges in der Ukraine gedacht. Der Leiters des Kommissariats der deutschen katholischen Bischöfe, Prälat Karl Jüsten, erinnerte zum zweiten Jahrestag des russischen Angriffs auf das Land an die Toten, Verletzten und Flüchtlinge und mahnte zu Solidarität und Gebet. Von Seiten der Politik nahmen laut Katholischer Nachrichten-Agentur (KNA) unter anderem Bundesinnenministerin Nancy Faser (SPD) sowie mehrere Religionsbeauftragte von Bundestagsfraktionen an der Feier in der Kirche der Katholischen Akademie in Berlin, Thomas von Aquin, teil.

Der Beauftragte der Orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland, Bischof Emmanuel von Christoupolis, hielt gesungene Fürbitten in orthodoxer Tradition. Die Bevollmächtig-

ten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Prälantin Anne Gidion, las in ihrer Predigt ein Schlusswort vor, das der vor kurzem verstorbene russische Oppositionelle Alexej Nawalny vor Gericht gehalten hatte. Darin erinnerte Nawalny an die biblische Seligpreisung der Friedensstifter und bekannte sich zu seinem Glauben an Gott und die Erlösung. Er habe dieses Friedensgebot auch in schwierigen Zeiten nicht verraten, so Nawalny. "Ich bin ein gläubiger Mensch, (...) und das hilft mir bei dem, was ich tue."

Jüsten ermutigte dazu, die Ukraine in ihrem Kampf um Freiheit und Demokratie weiter zu unterstützen. "Wir dürfen die Menschen in diesem Land nicht vergessen und müssen uns einer zunehmenden Ermüdung in unserem Land entgegenstellen", betonte Jüsten. "Unsere Sehnsucht nach Frieden ist groß, aber wir wissen, wirklicher Frieden ist auf Wahrheit, Freiheit und Gerechtigkeit gebaut", sagte der Prälat.

## Unesco: Mehr als 340 beschädigte Kulturstätten in Ukraine

### Auch Teile des kulturellen Erbes kamen durch Russlands bereits zwei Jahre dauernden Angriffskrieg zuschaden, darunter die Verklärungskathedrale von Odessa

Kiew/Bonn, 14.02.2024 (KAP/KNA) Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine haben die Vereinten Nationen dort die Beschädigung von 341 Kulturstätten festgestellt. Zu den am stärksten beschädigten Gebäuden gehöre die Verklärungskathedrale in der zum Weltkulturerbe gehörenden Altstadt von Odessa, wie der Deutschlandfunk auf Basis von Informationen der UN-Kulturorganisation Unesco berichtete.

Die Kathedrale wurde 1936 unter dem sowjetischen Machthaber Josef Stalin zerstört und zwischen 2000 und 2002 originalgetreu wieder aufgebaut. Italiens Regierung kündigte vor einer Woche an, sich an der Sanierung der Kathedrale zu beteiligen.

Der Gesamtschaden kultureller und touristischer Strukturen seit Kriegsbeginn am 24. Februar 2022 wird laut UN auf rund 3,5 Milliar-

den Dollar geschätzt, wie es weiter hieß. Die Ukraine braucht nach Unesco-Angaben für den Wiederaufbau ihrer kulturellen Stätten und ihrer Tourismusindustrie in den nächsten zehn Jahren knapp neun Milliarden Dollar.

In den vergangenen beiden Jahren konnte die Unesco nach eigenen Angaben rund 66 Millionen Dollar mobilisieren. Der wichtigste Geldgeber ist demnach Japan mit 25 Millionen Dollar.

Italiens Außenministerium teilte am Donnerstag mit, 500.000 Euro für die erste Abdeckung des Dachs der Verklärungskathedrale bereitzustellen. "Es handelt sich um eine wichtige Maßnahme zum Schutz eines der Gebäude, die die kulturelle und religiöse Geschichte der Stadt symbolisieren", hieß es.

Der italienische Botschafter in der Ukraine, Pier Francesco Zazo, unterzeichnete demnach einen entsprechenden Vertrag mit der Unesco. Das Projekt solle zu einer städtebaulichen

und architektonischen Erneuerung Odessas beitragen. Dabei gehe es auch um "grüne, digitale und nachhaltige Transformation".

## Orthodoxie: Patriarchat von Alexandrien adaptiert Afrika-Strukturen

### Neue Diözesanstrukturen und viele neue Metropoliten und Bischöfe für den afrikanischen Kontinent ernannt - Patriarchat von Alexandrien im Konflikt mit Russisch-orthodoxer Kirche

Kairo, 16.02.2024 (KAP) Seit Donnerstag, 15. Februar, tagt in Kairo die Heilige Synode des Patriarchats von Alexandrien. Unter dem Vorsitz von Patriarch Theodoros II. adaptierten die Synodenväter dabei schon am ersten Tag die Kirchenstrukturen in Afrika und wählten einige neue Bischöfe. Die bisherige Metropole von Burundi und Ruanda wurde geteilt, jedes Land ist nun eine eigene Diözese. Neue Metropoliten bzw. Bischöfe wurden u.a. für Gabun, Ghana, Nigeria, Burundi, Kongo, Südsudan, Benin und Togo ernannt.

Das Patriarchat von Alexandrien, das ganz Afrika als sein eigenes kanonisches Territorium betrachtet, sieht sich zunehmendem Druck vonseiten der Russisch-orthodoxen Kirche (ROK) ausgesetzt. Die ROK kündigte Ende 2019 die eucharistische Gemeinschaft mit Patriarch Theodoros II. von Alexandria und ganz Afrika auf, nachdem dieser die neue eigenständige (autokephale) Orthodoxe Kirche der Ukraine anerkannt hatte. Zudem erklärte das Moskauer Patriarchat die alexandrinische Kirche für "schismatisch" und sprach ihr das Recht ab, Afrikaner für die Orthodoxie zu missionieren. Die ROK gründete im Dezember 2021 ein eigenes Exarchat für Afrika, und breitet sich seither verstärkt auf dem Kontinent aus.

#### Aggressiver Expansionskurs

Erstes Oberhaupt des Exarchats war Metropolit Leonid (Gorbatschow) von Klin, der einen sehr aggressiven Expansionskurs fuhr. Im Oktober 2023 setzte der Hl. Synod der ROK allerdings einen neuen Amtsverwalter für das Exarchat von Afrika ein: Bischof Konstantin (Ostrovskij) von Zarajsk, der weder über Afrika-Erfahrung noch sonstige kirchendiplomatische Erfahrungen verfügt.

Die Russland- und Orthodoxie-Expertin Ksenia Luchenko hat in einem Beitrag in der aktuellen Ausgabe des Magazins "Religion und Gesellschaft in Ost und West" (Nr. 1/2024) Überlegungen angestellt, inwieweit die Personalentscheidung eine Wende in der russischen kirchlichen Afrika-Politik einleiten könnte. Luchenko: "Unter Metropolit Leonid beschäftigte sich die ROK in Afrika nicht mit kirchlicher Mission, sondern mit der Abwerbung von Geistlichen und Gläubigen aus dem alexandrinischen Patriarchat; sie zieht es vor, fertige Kirchgemeinden zu übernehmen." Mithilfe des Geldes von russischen Unternehmen, die sich Afrika erschließen (Rusal, RZhd, Rosatom und andere), hätten russische Geistliche die afrikanischen Kollegen, die zu ihrer Jurisdiktion übertreten, mit dem Bau von Infrastruktur und Schulen beschenkt.

#### "Prigozhin in Kutte"

Wahrscheinlich sei die nunmehrige russische Personalentscheidung eine direkte Folge der Meuterei und des Todes von Jevgenij Prigozhin." Metropolit Leonid sei als "Prigozhin in Kutte" bezeichnet worden, er stehe "wegen Propaganda und Unterstützung des Kriegs" auf den Sanktionslisten der Ukraine. Leonid betreibt laut Luchenko einen Telegram-Kanal, auf dem er Videos mit Soldaten der privaten Militärfirma Wagner und der Verspottung ukrainischer Kriegsgefangener publizierte, er nannte die Ukrainer "Ukronazis" und rühmte die russischen Geheimdienste. Der Metropolit habe auch die russische militärische Anwesenheit in Afrika unterstützt. So könnte unter Bischof Konstantin (Ostrovskij) die russische kirchliche Afrika-Politik nun möglicherweise etwas moderater ausfallen, mutmaßt Luchenko.

## Orthodoxer Kirchenstreit um Afrika geht weiter

### Synode des Patriarchats von Alexandrien hat russischem Bischof Konstantin (Ostrovskij) Priesterwürde aberkannt

Kairo, 18.02.2024 (KAP) Kein Ende im Kirchenstreit zwischen den Patriarchaten von Alexandrien und Moskau um Afrika. Die Heilige Synode des Patriarchats von Alexandrien hat auf ihrer jüngsten Sitzung den russischem Amtsverwalter des Exarchats von Afrika, Bischof Konstantin (Ostrovskij) von Zarajsk, die Priesterwürde aberkannt. Selbiges hatte das Patriarchat auch schon bei Konstantins Vorgänger als Exarch, Metropolit Leonid (Gorbatschov) von Klin, vor gut einem Jahr verfügt. In der Praxis bleibt diese "Degradierung" freilich ohne Belange, da die beiden Patriarchate derzeit ohnehin keine Kirchengemeinschaft pflegen. Die Entscheidung der Synode, die in Kairo tagte, fiel am vergangenen Freitag, 16. Februar, wie orthodoxe Info-Portale am Wochenende berichteten.

Das Patriarchat von Alexandrien, das ganz Afrika als sein eigenes kanonisches Territorium betrachtet, sieht sich zunehmendem Druck vonseiten der Russisch-orthodoxen Kirche (ROK) ausgesetzt. Die ROK kündigte Ende 2019 die eucharistische Gemeinschaft mit Patriarch Theodoros II. von Alexandria und ganz Afrika auf, nachdem dieser die neue eigenständige (autokephale) Orthodoxe Kirche der Ukraine anerkannt hatte. Zudem erklärte das Moskauer Patriarchat die alexandrinische Kirche für "schismatisch" und sprach ihr das Recht ab, Afrikaner für die Orthodoxie zu missionieren. Die ROK gründete im Dezember 2021 ein eigenes Exarchat für Afrika, und breitet sich seither verstärkt auf dem Kontinent aus. Im Dezember 2022 kündigte Alexandrien seinerseits die eucharistische Gemeinschaft auf.

## Serbisch-orthodoxer Patriarch Porfirije besucht New York

### Bereits zweiter Besuch in den USA nach 2023 - Festgottesdienst in New Yorker Sava-Kathedrale am dritten Jahrestag der Wahl Porfirijes zum Kirchenoberhaupt

Washington, 16.02.2024 (KAP) Der serbisch-orthodoxe Patriarch Porfirije hat an diesem Freitag, 16. Februar, einen mehrtägigen Besuch in New York begonnen, wie der "Pro Oriente"-Informationsdienst berichtet. Er wird laut einer kurzen Mitteilung des Belgrader Patriarchats am Sonntag in der serbisch-orthodoxen Sava-Kathedrale einem Festgottesdienst vorstehen. Der Sonntag, 18. Februar, ist der dritte Jahrestag der Wahl Porfirijes zum Oberhaupt der Serbisch-orthodoxen Kirche.

Die Sava-Kathedrale in New York war zu Ostern 2016 bei einem Brand zerstört worden und wurde inzwischen wieder aufgebaut, allerdings sind die Arbeiten noch nicht abgeschlossen. Der Patriarch wird deshalb auch an einigen Sitzungen teilnehmen, die sich mit dem Wiederaufbau beschäftigen.

Patriarch Porfirije hatte bereits vor gut einem Jahr die USA besucht. Weshalb nun bereits in so kurzem zeitlichem Abstand ein weiterer Besuch stattfindet, wurde vonseiten des Patriarchats nicht mitgeteilt. Auch wurde nicht be-

kannt gegeben, ob neben New York noch weitere Reiseziele auf dem Programm des Patriarchen stehen. Im Rahmen des Besuchs vor einem Jahr vermuteten Beobachter, dass dieser der Konsolidierung der Kirche vor Ort diene, nachdem es zuvor zu internen Turbulenzen aufgrund von Verwaltungs- und Strukturreformen gekommen war.

In Amerika hat die Serbisch-orthodoxe Kirche fünf Diözesen: Mars (östliche USA), Third Lake (mittlere USA), Alhambra (westliche USA, Alaska und Mexiko), Campbellville-Milton (Kanada), sowie Buenos Aires (Südamerika). Insgesamt gibt es rund 220 Kirchen, Klöster und weitere kirchliche Einrichtungen in Nord-, Mittel- und Südamerika. In Libertyville bei Chicago gibt es mit der Saint Sava-Fakultät die einzige Hochschule der Serbisch-orthodoxen Kirche auf dem nordamerikanischen Kontinent.

Die Auswanderung von serbisch-orthodoxen Christinnen und Christen nach Amerika begann in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Hauptsächlich handelte es sich

dabei um Menschen aus jenem Teil des heutigen Serbiens, das damals Teil der Habsburgermonarchie war. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts kamen die Auswandernden schließlich auch verstärkt aus dem Königreich Serbien und dem Fürstentum Montenegro. Ende des 19. Jahrhun-

derts wurden erste Pfarrgemeinden in den USA gegründet und Kirchen gebaut. 1921 wurde eine erste serbisch-orthodoxe Diözese für Amerika und Kanada gegründet. Seither haben sich die Strukturen mehrmals geändert und wurden an die jeweils aktuellen Bedürfnisse angepasst.

## Bericht: Serbischer Priester im Kosovo angegriffen

**Vorfall soll sich laut Kirche in der südkosovarischen Stadt Prizren zugetragen habe,**

Pristina, 27.02.2024 (KAP/KNA) Der historische Streit zwischen Kosovo und Serbien will scheinbar nicht enden. Schon länger klagen Kosovo-Serben über Unterdrückung. Jetzt hat der politische Disput auch die Kirche erreicht. Im Kosovo ist örtlichen Medienberichten zufolge ein orthodoxer Priester von einem politischen Aktivisten attackiert worden. Die Eparchie (Diözese) Raszien-Prizren verurteilte den Vorfall, der sich am Sonntag, 25. Februar, in der südkosovarischen Stadt Prizren zugetragen habe, als "Einschüchterung auf ethnischer und religiöser Grundlage". Hintergrund dürfte der Streit mit dem Nachbarland Serbien sein.

Den Berichten zufolge stoppte der Angreifer eine Pilgergruppe, die aus Serbien angereist war, und brachte eine Flagge der Kosovari-

schen Befreiungsarmee (UCK) an ihrem Bus an. Als der serbisch-orthodoxe Priester intervenierte, habe ihn der Mann mit Schlägen attackiert. Ein Polizist und ein Passant hätten eingegriffen; der Mann konnte festgenommen werden.

Die UCK gilt als militärischer Flügel von Kosovos Unabhängigkeitsbestrebungen. Im Kosovo-Krieg (1998/99) kämpften ihre Einheiten gegen die serbisch-jugoslawische Armee. 2008 erklärte der Kosovo seine staatliche Unabhängigkeit von Serbien, doch die Regierung in Belgrad betrachtet das Land immer noch als serbische Provinz. Beobachter warnten zuletzt, dass die serbisch-orthodoxe Gemeinschaft im Land zunehmend Repressalien ausgesetzt sei. Dazu zähle etwa die Umwidmung einiger ihrer Kirchen durch die Regierung in Pristina.

## Griechisches Parlament stimmt für gleichgeschlechtliche Ehe

**Parlamentsbeschluss fixiert erstmals in einem christlich-orthodox geprägten Staat rechtliche Gleichstellung Homosexueller**

Athen, 16.02.2024 (KAP/KNA) Das griechische Parlament hat am Donnerstagabend, 15. Februar, nach wochenlanger gesellschaftlicher Debatte für eine Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe gestimmt. Für den entsprechenden Gesetzesvorschlag der konservativen Regierung votierten nach stundenlangen Diskussionen in namentlicher Abstimmung 176 Abgeordnete. 76 stimmten dagegen. Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis setzte sich damit nicht zuletzt gegen Widerstand aus den Reihen seiner eigenen konservativen Partei Nea Dimokratia durch.

"Wir entscheiden hier nicht über einen gesellschaftlichen Wandel", sagte Mitsotakis vor der Abstimmung im Plenum: "Dieser Wandel hat längst stattgefunden." Der gleichberechtigte Zugang zur Zivilehe verbessere das Leben "vieler unserer Mitbürger sehr, ohne - das betone ich -

das Leben von vielen Menschen zu beeinträchtigen". Menschen, die bisher "unsichtbar" seien, könnten nun sichtbar werden - "und mit ihnen viele Kinder, die endlich ihren Platz neben all den anderen gefunden haben".

Zuspruch erhielt er von mehreren linksgerichteten Parteien. Damit ist Griechenland das erste christlich-orthodox geprägte Land, das eine entsprechende rechtliche Gleichstellung Homosexueller gestattet. Bisher durften Betroffene nur eine sogenannte eingetragene Partnerschaft eingehen.

Verheiratete Homosexuelle dürfen laut dem neuen Gesetz wie heterosexuelle Ehepaare Kinder adoptieren. Nicht vorgesehen ist die Möglichkeit, in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft Kinder durch künstliche Befruchtung zu zeugen.

Laut aktuellen Umfragen ist die griechische Gesellschaft in Sachen Homo-Ehe gespalten: Befürworter und Gegner lagen zuletzt in etwa gleichauf. Entschiedener Widerstand kam indes aus der griechisch-orthodoxen Kirche. Führende Geistliche beklagten in den vergangenen Wochen, dass die geplante Gesetzgebung "den grundlegenden Kern der Gesellschaft" zerstöre.

Auch der frühere konservative Ministerpräsident Antonis Samaras, ein Parteikollege von Mitsotakis, stellte sich gegen die Ehe für alle. Im Parlament bezeichnete er den Gesetzentwurf als gefährlich, weil er Kindern das Recht auf Eltern verschiedenen Geschlechts nehme. Zugleich erklärte er, die gleichgeschlechtliche Ehe sei kein Menschenrecht.

## Gaza-Pfarrer: Lage in Nord-Gaza spitzt sich zu

**Gasas Christen harren weiter im Norden des Gazastreifens aus - Katholische Pfarre in Gaza-Stadt hat rund 600 Christen aufgenommen - 200 haben in der griechisch-orthodoxen Pfarre Zuflucht gesucht**

Gaza-Stadt/Jerusalem, 24.02.2024 (KAP/KNA) Die Lage für die Menschen im nördlichen Teil des Gazastreifens wird nach Worten des katholischen Pfarrers von Gaza-Stadt immer schwieriger. "Es gibt immer weniger Lebensmittel zu kaufen, und das Verfügbare wird immer teurer", sagte der argentinische Ordensmann Gabriel Romanelli von der Gemeinschaft "Verb encarnado" (Fleischgewordenes Wort) der deutschen Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Es fehle den Menschen an allem.

Laut Romanelli halten sich weiterhin rund 400.000 Menschen in dem Gebiet auf. Hilfslieferungen kämen kaum durch, und es herrsche Chaos. Die Zahl der seit Kriegsbeginn getöteten oder in Folge fehlender medizinischer Versorgung gestorbenen Christen sei unterdessen auf 29 gestiegen, knapp 2,9 Prozent der christlichen Bevölkerung Gazas vor Kriegsbeginn.

Die katholische Pfarre in Gaza-Stadt hat laut Romanelli rund 600 Christen aufgenommen. Weitere 200 haben in der griechisch-orthodoxen Pfarre Zuflucht gesucht, während mehrere Familien im Süden des Gazastreifens festsitzen und nicht nach Gaza-Stadt zurückkehren können. Pläne für eine Evakuierung der Gemeinde in den Süden des Gazastreifens gebe es nicht.

Seit Kriegsbeginn hat die Mehrheit der rund 1,1 Millionen Menschen den Norden des Gazastreifens auf Aufforderung der israelischen Armee verlassen und mehrheitlich in der Stadt Rafah Zuflucht gesucht. "Wir versuchen weiterhin, eine Friedensoase zu sein", sagte Romanelli. Neben der Aufnahme und Hilfe für Christen unterstütze seine Gemeinde mehrere hundert muslimische Nachbarn, unter anderem habe man vor dem Pfarrgelände ein Ambulatorium zur Behandlung von Verletzten eingerichtet.

## Erstmals Heilige auf regulären Euro-Münzen

**Bulgarien will Nationalpatron Ivan Rilski und Mönch Paissi von Hilandar auf reguläre Umlaufmünzen prägen - Regierung in Sofia strebt Beitritt zur Eurozone für 2025 an**

Sofia/Bonn, 19.02.2024 (KAP) Bulgarien könnte der erste EU-Mitgliedsstaat mit Nationalheiligen als Motiv auf regulären Euro-Münzen werden. Der Patron der Bulgaren, Iwan Rilski, soll künftig auf der 1-Euro-Münze, der Mönch Paissi von Hilandar auf der 2-Euro-Münze zu sehen sein, teilte die Bulgarische Nationalbank nach Abschluss des Prozesses der Koordinierung und Genehmigung der Münzentwürfe laut dem Portal "katholisch.de" mit. Die beiden Abgebildeten sind Heilige der Bulgarisch-Orthodoxen Kirche. Die bulgarische Regierung strebt einen Beitritt

des Landes zur Eurozone im Jahr 2025 an. Die bereits für 2024 geplante Euro-Einführung musste u.a. aufgrund der hohen Inflation verschoben werden.

Iwan Rilski (876-946) war der erste bulgarische Einsiedler und gründete das größte Kloster des Landes im Rila-Gebirge. Seit 1999 ist er schon auf der bis zur Euro-Einführung geltenden 1-Lew-Münze abgebildet. Paissi von Hilandar (1722-1773) gilt als erster Geschichtsschreiber seiner Nation und Vordenker der bulgarischen Nationalen Wiedergeburt des 18. und

19. Jahrhunderts. Iwan wird auf der Münze mit Habit, Kreuz und Heiligenschein abgebildet, Paissi ist nicht als Mönch und Heiliger zu erkennen. Auf der geplanten 2-Euro Münze prangt zudem die Inschrift "Gott schütze Bulgarien".

Anfang Februar hatte der Rat der Europäischen Union die Entwürfe für die Münzen genehmigt, nachdem keine Einsprüche von EU-Mitgliedsstaaten der Eurozone eingegangen waren. In der Vergangenheit gab es Münzentwürfe mit christlichen Motiven allein auf Gedenkmünzen, doch auch sie waren teils auf Vorbehalte gestoßen.

So konnte die Slowakei 2013 erst mit Verzögerung eine 2-Euro-Gedenkmünze mit den Slawenaposteln Kyrill und Methodius veröffentlichen, da unter anderem Frankreich und Griechenland gegen die Kreuze und Heiligenscheine im Motiv Einwände erhoben hatten. Schlussendlich konnte das ursprünglich geplante Design geprägt werden. Im selben Jahr lehnte die Europäische Kommission die geplante Abbildung einer Darstellung von Christus als Pantokrator auf andorranischen Münzen ab. Dagegen brachte der Vatikan ebenfalls 2013 eine 2-Euro-Münze

zum Weltjugendtag in Rio mit der Christus-Statue in Umlauf.

Begründet wurden die Einwendungen gegen die Münzen aus Andorra und der Slowakei mit Verstößen gegen das Prinzip der religiösen Neutralität. Das Verfahren für die Genehmigung der EU-Münzen legt keine Kriterien für die Inhalte fest, gibt aber EU-Mitgliedsstaaten die Möglichkeit, begründete Einwände vorzubringen.

Der einzige andere Nationalheilige auf Euro-Kursmünzen ist der heilige Marinus von Rimini, der auf den 20-Cent-Stücken aus San Marino abgebildet ist. San Marino gehört zur Eurozone, ist aber kein EU-Mitglied. Weiterhin gültig sind die zu seinen Lebzeiten und vor seiner Heiligsprechung in den Umlauf gebrachten Münzen aus dem Vatikan mit dem Bildnis von Papst Johannes Paul II. (1978-2005). Auf verschiedenen Gedenk- und Sammlermünzen finden sich religiöse Motive und Bauten sowie Heilige, darunter der Apostel Paulus (Vatikan, 2 Euro), der Iren-Apostel Brendan (Irland, 10 Euro) und Karl der Große (Deutschland, 2 Euro).

---

## H I N T E R G R U N D & D O K U M E N T A T I O N

---

### Einblicke in das "Weltkonzil des Russischen Volks"

**Orthodoxie-Expertin Zwahlen in Fachzeitschrift "Religion & Gesellschaft in Ost und West" über Organisation unter der Führung Patriarch Kyrills, die "patriotische Kräfte zur geistlichen und kulturellen Wiedergeburt Russlands sammelt"**

Moskau/Zürich, 27.02.2024 (KAP) Einblicke in das "Weltkonzil des Russischen Volks" (WKRK) gibt die Ostkirchenexpertin Regula Zwahlen im Magazin "Religion & Gesellschaft in Ost und West" (Ausgabe 01/2024). Das Weltkonzil, dem der Moskauer Patriarch Kyrill vorsteht und das "patriotische Kräfte zur geistlichen und kulturellen Wiedergeburt Russlands sammelt", sei tonangebend bei der Entwicklung nationalpatriotischen und revanchistischen Gedankenguts. Seit 2014 stehe der Krieg gegen die Ukraine im Zentrum, deren Hinwendung zum "satanischen Westen" mit allen Mitteln bekämpft werden müsse, fasst Zwahlen die Intention Kyrills bzw. des WKRKs zusammen. Bei der Etablierung der Organisation spiele das Moskauer Patriarchat eine dominante Rolle.

Zwahlen berichtet über die 25. Jubiläumsversammlung des WKRK im vergangenen November in Moskau, zu der rund 6.000 Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Religionsgemeinschaften in den Kreml gekommen waren. Der russische Präsident Wladimir Putin war online zugeschaltet und hielt eine Schweigeminute für die gefallenen Russen im Krieg gegen die Ukraine. Den Krieg bezeichnete er als "Kampf für Souveränität und Gerechtigkeit", als nicht nur nationale Befreiung, sondern als Kampf für die Freiheit der ganzen Welt von Rassismus, Neonazismus und der Russophobie westlicher Eliten sowie für eine "beständige und stabile Weltordnung" unter russischer Ägide. Besonders bedankte sich Putin bei Patriarch Kyrill für dessen Beitrag zur Stärkung der Ein-

heit der russischen Nation und seinen unermüden Einsatz für die spirituelle Wiedergeburt Russlands.

Wie Zwahlen erläutert, sei die geistliche, kulturelle, soziale und wirtschaftliche Wiedergeburt Russlands und des russischen Volks, sowie die Stärkung russischer Staatlichkeit und der Orthodoxen Kirche im Leben der Gesellschaft schon bei der Gründung des WKRV 1993 das erklärte Ziel gewesen.

Patriarch Kyrill betonte in seinem Festvortrag im November 2023, dass die "Russische Welt" nicht im nationalen, ethnischen Sinn verstanden werden solle, sondern als Union gemeinsamer Werte bei kultureller Vielfalt, was ihr Erfolgsrezept sei. Wie in der "Pax Romana" sei es gewissen Kulturen gegeben, die Entwicklung anderer Völker soziopolitisch und geistig zu beeinflussen, so eben auch Russland. Gemeinsame Nenner und geistiges Fundament aller Völker und Religionen, die in der "Russischen Welt" lebten, seien ihre Heiligtümer, Tradition und Familie.

Allerdings, so der Patriarch, könne Russland "die Einheit verschiedener Kulturen dann und nur dann aufrechterhalten, wenn es sich selbst als orthodox anerkennt." Eine starke russländische, orthodoxe Identität bringe moralische Qualitäten hervor, die das friedliche Zusammenleben mit anderen Kulturen ermöglichten.

Zwahlen blickt zurück in die Geschichte des WKRV. Dieses habe in den vergangenen 30 Jahren Themen wie "Glaube, Volk, Macht" (1999), "Einheit der Völker - Garantie für den Sieg über Faschismus und Terrorismus" (2005), "Russland als Zivilisation" (2013) behandelt. 2014, im Jahr der Krim-Annexion und des Beginns des Krieges in der Ostukraine, ging es um die "Einheit der Geschichte, des Volks und Russlands". Zudem wurde eine "Deklaration russischer Identität" verabschiedet, die nicht ethnisch definiert sei, sondern durch Sprache, Glaube und Geschichte, vor allem durch den Stolz auf den Sieg von 1945.

2015 veröffentlichte der WKRV ein "Memorandum gegen Russophobie" wie sie beispielsweise "auf religiöser Grundlage" durch die Aktion von Pussy Riot in der Christ-Erlöser-Kathedrale zum Ausdruck gekommen sei.

So habe sich das WKRV über die Jahre zu einer politischen Plattform und zu einem orthodoxen Think-Tank entwickelt, wo das Moskauer Patriarchat auf heimischem Parkett die rechtskonservative Karte offen spielen konnte, ohne die Sympathien auf den internationalen ökumenischen Bühnen zu verlieren.

Obwohl institutionell von der Russischen orthodoxen Kirche (ROK) getrennt, existiere das WKRV mit ihr in Personalunion, erläutert Zwahlen: Der Patriarch der ROK, zuerst Aleksij II., ist immer auch dessen Vorsitzender.

Zwahlen berichtet weiters von einem Forum des WKRV mit mehr als 500 Teilnehmenden in St. Petersburg im Oktober 2023 im Vorfeld des Jubiläums. Dabei habe u.a. Metropolit Varsonofij (Sudakov) von St. Petersburg und Ladoga dafür plädiert, die westlichen Postulate "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" durch die (aus dem 19. Jahrhundert altbekannte) Triade "Orthodoxie, Autokratie, Volk" zu ersetzen. Der Ideologe Alexander Dugin habe dazu aufgerufen, ein Mächtegleichgewicht zwischen den russländischen, chinesischen, indischen, islamischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Zivilisationen herzustellen, während Russland "wie immer" die Aufgabe zukomme, die "satanische Zivilisation des Westens" zu bekämpfen.

Das Fazit Zwahlens: "Belächeln kann man das WKRV wohl nicht mehr. Die Institution hat den nationalkonservativen Diskurs derzeit einflussreicher russischer Eliten geprägt. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine verschafft ihr Aufwind, doch ob ihre Bedeutung über eine Versammlung nützlicher Idioten eines nach innen immer repressiveren, nach außen einen grausamen Krieg führenden autokratischen Regimes hinausgeht, wird die Zeit zeigen."

## Die Kirchenkrise der Orthodoxie und der Krieg gegen die Ukraine

**Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die orthodoxen Kirchen in eine gewaltige Krise gestürzt. Das gilt besonders für die Kirchen in der Ukraine. Doch der Konflikt schwelt schon seit langem - Analyse von Thomas Bremer**

Kiew, 23.02.2024 (KAP-ID) Die kirchliche Lage in der Ukraine hat vor gut fünf Jahren zu einer Spaltung innerhalb der Weltorthodoxie geführt,

die seither anhält. Russlands Krieg gegen die Ukraine hat die Situation verschärft, ohne dass abzusehen ist, wie sich die Lage normalisieren

könnte. Die Orthodoxie ist in einer gewaltigen Krise. In der Ukraine wurde sie sichtbar, bestand aber schon vorher.

Während der Sowjetzeit war in der Ukraine nur das "Kiewer Exarchat" der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) erlaubt. 1990 wurde daraus die "Ukrainische Orthodoxe Kirche" (UOK), die Teil der ROK blieb, aber eine gewisse Unabhängigkeit genoss. Als im Zerfallsprozess der UdSSR die gesetzlichen Verbote wegfielen, organisierten Gläubige mit Hilfe aus der nord-amerikanischen Emigration die "Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche", die in der Tradition ukrainischer Kirchenbildungen des 20. Jahrhunderts stand.

Sie wurde jedoch in der Orthodoxie ebenso wenig anerkannt wie die kurz darauf entstandene "Ukrainische Orthodoxe Kirche - Kiewer Patriarchat". Beide Kirchen hatten Tausende von Gemeinden und Millionen von Gläubigen, galten aber als unkanonisch. Der frühere Exarch Filaret hatte inzwischen die ROK verlassen und wurde schließlich Patriarch des Kiewer Patriarchats. Von der ROK wurde er nach einigen Jahren in den Laienstand versetzt und schließlich exkommuniziert.

### **Drei Konkurrenzkirchen**

Dieser Zustand hielt mehr als 25 Jahre an. Es gab drei Kirchen in der Ukraine, die miteinander konkurrierten, von denen aber nur eine als kanonisch anerkannt war. Die beiden anderen versuchten mehrfach, sich zusammenzuschließen, was aber zumeist an den Vorstellungen Filarets scheiterte. Die jeweiligen ukrainischen Regierungen unterstützten mal die eine, mal die andere Kirche. Die UOK hatte in dieser Zeit mehr Gemeinden als die anderen zusammen, von denen wiederum das Kiewer Patriarchat viel größer war als die autokephale Kirche.

Im Sommer 2018 entschloss sich der Ökumenische Patriarch Bartholomaios I., die Kirchen in der Ukraine zu vereinen. Nach seinen Worten lag ihm das Schicksal der Millionen Gläubigen am Herzen, die aus der Kirche ausgeschlossen waren. Als er die Exkommunikation der Bischöfe, Priester und Gläubigen der beiden nichtkanonischen Kirchen aufhob, brach die ROK im Oktober 2018 die Kirchengemeinschaft mit dem Ökumenischen Patriarchat (ÖP) ab.

Im Dezember 2018 fand in Kiew ein "Vereinigungskonzil" statt, zu dem alle orthodoxen Bischöfe der Ukraine eingeladen wurden.

Von den über 90 Bischöfen der UOK erschienen nur zwei, aber fast alle Bischöfe der anderen beiden Kirchen. Metropolit Epifanij, ein enger Mitarbeiter von Filaret, wurde zum Oberhaupt der neuen "Orthodoxen Kirche der Ukraine" (OKU) gewählt. Im Jänner 2019 erkannte das ÖP die OKU als autokephal an.

Statt dreier Kirchen gab es nun also nur noch zwei, die allerdings beide Kanonizität beanspruchen konnten: die eine über das ÖP, die andere über Moskau. Im Laufe der nächsten Jahre erkannten noch drei weitere Kirchen - die von Hellas, das Patriarchat von Alexandria und die Kirche von Zypern - die OKU als autokephal an. Moskau hat in jedem dieser Fälle auch die Kirchengemeinschaft aufgekündigt. Alle anderen lokalen Kirchen stehen wenigstens formal in Gemeinschaft sowohl mit Konstantinopel als auch mit Moskau. Manche von ihnen haben erklärt, dass sie die Position Moskaus teilen, ohne aber Konsequenzen daraus zu ziehen.

### **Fehlende Kommemorierung als Reaktion auf Krieg**

Als am 24. Februar 2022 russische Truppen die ukrainische Grenze überschritten, wandte sich das Oberhaupt der UOK, Metropolit Onufrij, an die Gläubigen und alle Bewohner der Ukraine. In seinem Aufruf forderte er Präsident Putin auf, die Truppen zurückzuziehen, versprach den ukrainischen Verteidigern das Gebet seiner Kirche und betonte die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine. Sowohl er selbst als auch der Synod der UOK haben seither mehrfach solche Erklärungen abgegeben.

Als der Moskauer Patriarch Kyrill den Krieg ohne jede Einschränkung rechtfertigte, konnten und wollten die von Russland angegriffenen Ukrainer nicht mehr für ihn beten. Viele Priester der UOK hatten ihn schon vor dem Krieg im Gottesdienst nicht mehr kommemoriert, und jetzt gab es auch Bischöfe, die das für ihre Priester ausdrücklich erlaubten. Der Widerstand gegen die Zugehörigkeit zur ROK wuchs stark.

Am 27. Mai 2022 trat schließlich ein Konzil aus Bischöfen, Priestern und Laien zusammen, das ein neues Statut der UOK beschloss, in dem die Zugehörigkeit zur ROK nicht mehr genannt wurde. Die UOK erklärte sich nicht als autokephal, sondern als "selbstständig und unabhängig" - Begriffe, die das orthodoxe Kirchenrecht so nicht kennt. Doch Metropolit Onufrij zelebrierte ab dem folgenden Sonntag wie das Oberhaupt einer autokephalen Kirche.

### **Verbrüderung in weiter Ferne**

So stellt sich die kirchliche Lage bis heute dar. Die beiden orthodoxen Kirchen erkennen einander nicht an. Die UOK bestreitet die Weihen der OKU (Metropolit Epifanij wurde von Filaret zum Priester und zum Bischof geweiht, als dieser exkommuniziert war) und damit ihre Kirchlichkeit.

Die OKU versteht sich als die einzige kanonische Kirche der Ukraine und spricht der UOK nach der Erteilung der Autokephalie die Existenzberechtigung ab. Zwischen den Hierarchen gibt es keine Beziehungen. Doch hat es Treffen von Priestern und Laien beider Seiten gegeben, die eine bessere Zusammenarbeit und schwesterliche Beziehungen vereinbart haben - bislang ohne Erfolg.

### **Regierung startet Kirchenpolitik**

Außer dieser kirchlichen gibt es auch eine politische Dimension. Bis Sommer 2022 hat sich die Regierung unter Präsident Wolodymyr Selenskyj nicht besonders für Kirchenfragen interessiert. Seither aber haben die Behörden den Kurs gegenüber der UOK erheblich verschärft. Ein Gesetz wurde beschlossen, wonach sich die UOK umbenennen müsse, sie dürfe sich nicht mehr "ukrainisch" nennen.

Ein anderes Gesetz soll Religionsgemeinschaften verbieten, die ihre Leitung in Russland haben. Um das festzustellen, hat die zuständige Behörde eine Kommission eingesetzt, die die Verbindung der UOK zur ROK untersuchen sollte. Die Expertise - das war aufgrund der Zusammensetzung der Kommission zu erwarten - kommt zu dem Schluss, dass die UOK nach wie vor Teil der ROK sei. Seither steht der Vorwurf von staatlicher Seite sowie von der OKU im Raum, die UOK gehöre noch zur russischen Orthodoxie gehört und unterstütze Russland.

Die Regierung in Kiew ist inzwischen auf verschiedenen Ebenen gegen die UOK vorgegangen. Aufgrund juristischer Probleme lässt sie sich nicht einfach ganz verbieten. Doch haben etwa Militärseelsorger der UOK keinen Zugang zur Front, obwohl viele ukrainische Soldaten der UOK angehören. Eine der prominentesten Maßnahmen war es, der UOK die Nutzung des Kiewer Höhlenklosters zu entziehen.

### **Streit auch auf Gemeindeebene**

Zugleich werden auf lokaler Ebene, etwa von Stadt- oder Gemeinderäten, oft Beschlüsse ge-

fasst, die Tätigkeiten der UOK auf ihrem Gebiet zu verbieten. Solche Beschlüsse sind verfassungswidrig, weil lokale Behörden keine Religionsgemeinschaften verbieten können. Sie werden aber häufig dennoch umgesetzt: Das Kirchengebäude wird der UOK entzogen und entweder der OKU zur Verfügung gestellt oder verschlossen. Die Polizei reagiert oft nicht auf die Klagen der Gemeindeglieder. Die UOK protestiert regelmäßig gegen solche Maßnahmen und geht gerichtlich gegen sie vor, doch ohne Erfolg.

Umstritten sind auch Übertritte von Gemeinden von der UOK zur OKU. Neben solchen Entscheidungen von Gemeinden, die auch von der UOK anerkannt werden, sind bei vielen anderen die Begleitumstände unklar. Nicht selten sind Übernahmen von Gewaltaktionen begleitet. Oft will ein Teil der Gemeinde übertreten, ein anderer - oft mit dem Priester - will bei der UOK bleiben. Daher nimmt die Zahl der UOK-Gemeinden nicht im gleichen Maße ab, wie die der OKU zunimmt.

Auf dem Papier hat die UOK immer noch mehr Gemeinden und Priester als die OKU. Allerdings sind für die besetzten Gebiete objektive Aussagen nicht möglich. Außerdem ist die Situation regional sehr unterschiedlich. Über die Zahl der Mitglieder lässt sich keine zuverlässige Angabe machen.

Die UOK ist in ihren Äußerungen und Stellungnahmen zum Krieg sehr klar. Der Angriff wird verurteilt, man positioniert sich auf der Seite der Ukraine, unterstützt die Armee, distanziert sich von Russland und von Patriarch Kyrill. Viel unklarer ist die UOK aber in ihren Handlungen. Hunderte von Priestern der UOK haben inzwischen verlangt, die Kirche solle sich tatsächlich für autokephal erklären.

Auch einige Bischöfe sind dieser Auffassung - aber die Bischöfe im Synod sind sehr zurückhaltend. Das gilt auch für Maßnahmen gegen abtrünnige Kleriker: Einige Bischöfe haben ihre Eparchien verlassen und sind nach Russland gegangen - sie wurden ohne Angabe von Gründen pensioniert, aber nicht bestraft.

### **Zweideutige Aktionen**

Die ROK hat sich einige Diözesen in den besetzten Gebieten einverleibt - die UOK führt sie nach wie vor auf ihrer Website als ukrainische Diözesen, hat aber nicht gegen das russische Vorgehen protestiert. Einer eindeutigen verbalen Haltung stehen also uneindeutige Aktionen gegenüber.

Die kanonische Lage der UOK ist unklar. Keine andere Kirche hat sie als autokephal anerkannt. Sie selbst sagt, sie gehöre nicht mehr zur ROK; es sind auch keine Indizien dafür bekannt, dass es sich anders verhielte. Mitglieder der UOK nehmen nicht mehr an Gremiensitzungen der ROK teil, auch nicht online. In den Gemeinden ist das Bewusstsein sehr stark, dass man eine ukrainische Kirche und unabhängig von der ROK sein will.

### **Orthodoxe Krise schon vor Ukrainekrieg**

Die Situation zeigt, in welcher großen Krise sich die Orthodoxie weltweit befindet. Diese Krise ist nicht durch die Situation in der Ukraine entstanden - diese hat sie nur verstärkt. Auf dem Heiligen und Großen Konzil 2016 auf Kreta, an dem die ROK nicht teilnahm, wurde das Thema "Autokephalie" nicht behandelt, weil klar war, dass man sich nicht einigen würde. Doch auch andere Diskussionen auf diesem Konzil haben

Bruchlinien aufgezeigt, die es zwischen den orthodoxen Kirchen und innerhalb einer jeden Kirche gibt.

Auch ist die ROK keineswegs so einig, wie es scheint. Priester in Russland, die sich gegen den Krieg wenden, werden von Staat und Kirche verfolgt und bestraft. Russische Kleriker außerhalb Russlands haben sich jedoch kritisch zum Krieg und zu Patriarch Kyrills Haltung geäußert.

Wie alle großen Kirchen ist also auch die Orthodoxie gespalten, und zwar seit fünf Jahren so, dass nicht einmal mehr die eucharistische Gemeinschaft gewahrt ist. Dabei geht es bei den Auseinandersetzungen nicht um Fragen des Dogmas, sondern um Kirchenorganisation oder -weltlich gesprochen - um Macht. Es ist ein innerorthodoxer Prozess nötig, um zu einer Verständigung zu gelangen. Ein solcher Prozess wird mühsam und langwierig sein. Momentan ist nicht zu sehen, dass er auch nur in Angriff genommen würde.

## **Studie: Russische Propaganda heizt Krieg im Nahen Osten an**

**Russland braucht seit dem Einmarsch in die Ukraine den Nahen Osten mehr denn je - und fährt dafür große Desinformationskampagnen auf, die nun in einer Studie analysiert wurden**

Berlin, 23.02.2024 (KAP-ID) Russische Desinformation gewinnt laut einer aktuellen Studie im Nahen Osten immer mehr Einfluss. Indem Russland die Region zu dominieren versuche, wolle es gegenüber Europa seine militärischen, wirtschaftlichen und politischen Interessen durchsetzen, heißt es in der am 21. Februar in Berlin veröffentlichten Studie der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Einerseits seien eine Reihe von Maßnahmen in Russlands Desinformations-Strategie darauf ausgerichtet, soziale Schwachstellen im Zielland zu identifizieren und gesellschaftliche Spaltungen zu vertiefen, um das Land zu schwächen, so die Studie. Andererseits ginge es um die "eher einfache" Verbreitung von Propaganda und Desinformation über gefälschte und echte Social-Media-Profile.

In den arabischsprachigen Staaten nutze Russland vor allem die Social-Media-Accounts von Russia Today (RT) und Sputnik in arabischer Sprache, die sich dort "großer Beliebtheit" erfreuten. Über diese Kanäle würden unter anderem die Narrative verbreitet, dass USA und NATO Schuld am Krieg in der Ukraine seien und

der Westen durch die Sanktionen auch verantwortlich für die Welternährungskrise sei. Russland positioniere sich damit als alternativer Bündnispartner zu den USA und biete Unterstützung im Austausch etwa für die Kontrolle der Energieversorgung an. Meinungsumfragen im arabischsprachigen Raum zeigen der Studie zufolge bereits eine wachsende Unterstützung für Russland zu Lasten der USA.

In Israel nutze Russland ausgefeiltere Social-Media-Tools wie gesponserte Facebook-Kampagnen, Online-Spiele und die Erstellung von Fake-News-Artikeln, die israelischen Nachrichtenseiten ähneln. Damit soll nach Meinung der Studienautoren der innerisraelische Konflikt über die Justizreform weiter aufgeheizt werden.

Auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse empfiehlt die Studie, lokale Organisationen zur Bekämpfung von Desinformation aufzubauen und eine enge Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren zu etablieren, die gegen die Kampagne vorgehen können. Außerdem sei es ratsam, das Vertrauen der Öffentlichkeit in lokale Medien zu stärken sowie

die Bevölkerung umfassend zu sensibilisieren und ihre digitalen Kompetenzen zu stärken.

Die Studie basiert den Angaben zufolge auf wissenschaftlichen Studien, Berichten von Think-Tanks und militärischen Nachrichten-

diensten, Zeitungsartikeln sowie Experten-Interviews mit Experten. Sie konzentrierte sich auf die Zeit nach dem Überfall am 24. Februar 2022.

## Navalny-Tod empört auch kirchliche Medienlandschaft

**Chefredakteurin Slouk von der Kooperationsredaktion: Öffentliches Trauern in Russland ist "Hoffnungsschimmer" - Publizistin Haiden vermisst "weltweiten Konsens, dass Krieg, politisch motivierte Morde und Verbrechen an der Menschlichkeit konsequent bestraft werden müssen"**

Salzburg/Linz/Bozen, 23.02.2024 (KAP-ID) Der Tod des Oppositionspolitikers Alexej Nawalny in einem sibirischen Strafgefangenenlager empört auch die kirchliche Medienlandschaft. "Wer immer noch Putins Machtgier verharmlost, verrät demokratische Werte" wie die Meinungsfreiheit, hielt etwa Monika Slouk, Chefredakteurin der Kooperationsredaktion österreichischer Kirchenzeitungen, in deren jüngsten Ausgaben fest.

Sie verneigte sich vor dem Mut jener, die im Gedenken an den Regimekritiker Blumen in der russischen Öffentlichkeit ablegen und damit eine Festnahme riskieren. In den ersten Tagen nach der Todesmeldung hätten dies bereits Hunderte getan. Dass es in Wladimir Putins "mörderischem Regime" - wie Alexander Van der Bellen es nannte - trotz allem Menschen gibt, die auf diese Art Haltung zeigen, ist für Slouk "ein Hoffnungsschimmer wie die ersten Schneeglöckchen unterm Schnee".

Die katholische Publizistin vermerkte mit Sorge, dass in Amerika, aber auch in Europa, manche demokratisch gewählten Politiker solche Werte verdrängen. Namentlich nannte Slouk den serbischen Präsidenten Aleksandar Vucic, der Nawalnys Witwe Julia bei der Münchner Sicherheitskonferenz den Applaus verweigerte - "aus Furcht vor Putin?" Ob Lichtermeere wie das am 25. Februar geplante die Demokratie wirklich schützen können, sei offen, schrieb Slouk. "Aber der Versuch lohnt sich."

### **"Wer würde nicht Anklage Putins wünschen?"**

Julia Nawalny imponierte auch Gastkommentatorin Christine Haiden ("OÖ Nachrichten", 22.02.) mit ihrem Auftritt kurz nach der Nachricht vom Tod ihres Mannes. Sie sei überzeugt, Putin würde für diesen Tod bezahlen und zur Rechenschaft gezogen werden, und dieser Tag sei nicht mehr fern. "Wer würde nicht genau das auch

wünschen?", so die langjährige Chefredakteurin der kirchlich getragenen Zeitschrift "Welt der Frauen" und Präsidentin des OÖ. Presseclubs.

Freilich zeigten die Lebenserfahrung und ein Blick in die Geschichtsbücher, dass genau das unwahrscheinlich sei. Auch Stalin stand nie vor einem Gericht, Hitler habe sich dem entzogen, der vom saudischen Königshaus ausgegangene Auftragsmord an einem regimekritischen Journalisten in der Istanbul Botschaft blieb ungesühnt, wie Haiden erinnerte. "Es gibt bei weitem keinen weltweiten Konsens, dass Krieg, politisch motivierte Morde und Verbrechen an der Menschlichkeit konsequent bestraft werden müssen. Man hat im Gegenteil den Eindruck, dass wir uns diesbezüglich rückwärts bewegen", bedauerte die Publizistin.

Und einig mit Slouk fügte Haiden hinzu: "Es imponiert, dass gerade die hinterbliebenen Frauen aus der Familie von Nawalny mit ihrem starken Glauben an Gerechtigkeit und dem unbeugsamen Willen, sie zu erreichen, dagegenhalten."

### **Parallele zur Inquisition?**

Einen kühnen Vergleich zwischen dem Kreml und der kirchlichen Inquisition zog das Bozener "Katholische Sonntagsblatt" im Blick auf den Fall Nawalny. Die Südtiroler Kirchenzeitung (21.02.) verglich den mutmaßlichen Mord an dem Kremlkritiker am 16. Februar mit dem gelehrten Mönch Giordano Bruno, der am 17. Februar 1600 auf dem Scheiterhaufen starb.

Die Studien des Genies hatten mit der damals herrschenden Vorstellung kollidiert, dass die Erde im Mittelpunkt des Universums stehe. "Und da auf dieser Annahme auch alle Gottesvorstellungen beruhten, begannen für ihn auch diese zu wanken." Parallelen zu Nawalny sieht das Sonntagsblatt vor allem im "Aufeinander-

prallen mit einer Macht, die auch das Denken, ja den Glauben und die Hoffnungen der Menschen bestimmen will und Widerspruch bis zum Tod bekämpft".

### **Bekennender Christ**

In manchen Nachrufen - u.a. in der Gratiszeitung "Heute", ausführlicher jedoch in evangelischen Medien - wurde auch hervorgehoben, dass Navalny gläubiger Christ war. Der 47-jährig Verstorbene habe sich 2021 in einem Berufungsverfahren vor einem Moskauer Gericht zum christlichen Glauben bekannt, schrieb das Portal idea.de (16. Februar). Er sei ein gläubiger Mensch, auch wenn das nicht immer so gewesen sei und manche seiner Mitstreiter darüber spotteten, habe er damals in der Verhandlung gesagt. Der Glaube helfe ihm in seiner Tätigkeit, "weil alles viel, viel einfacher wird".

In seinem Schlusswort habe Nawalny dann sogar die Bergpredigt zitiert: "Selig sind, die hungert und dürstet nach Gerechtigkeit, denn sie sollen satt werden" (Matthäus 5,6). Das möge exotisch und seltsam klingen, so der vom Regime verfolgte Oppositionspolitiker. Aber die Überzeugung, dass sich am Ende die Wahrheit durchsetze und der Durst nach Gerechtigkeit gestillt werde, sei im Grunde die "wichtigste politische Idee Russlands".

Navalny war Medienberichten zufolge am 16. Februar in einer Strafkolonie in Nordibirien gestorben, wo er eine langjährige Haftstrafe verbüßte. Angaben der Gefängnisverwaltung zufolge verlor er nach einem Spaziergang

das Bewusstsein. Nach erfolglosen Wiederbelebungsversuchen durch das medizinische Personal der Strafkolonie habe ein Notarzt den Tod festgestellt. Zu dessen Umständen gab es mehrere Widersprüchlichkeiten und Auffälligkeiten, darunter die Einbehaltung des Leichnams durch die russischen Behörden.

### **Putins gefährlichster Gegner**

Aus Sicht der russischen Friedensnobelpreisträgerin Irina Scherbakowa war Navalny "Putins gefährlichster Gegner". Der Kremlkritiker sei für die Menschen "ungeheuer inspirierend" gewesen, sagte die Mitbegründerin der Menschenrechtsorganisation Memorial in einem Interview für die Zeitschrift Publik-Forum (23. Februar). Dies sei etwa daran zu erkennen, dass Russinnen und Russen nach seinem Tod ihre Trauer im öffentlichen Raum zeigten und Blumen zur Erinnerung an den Verstorbenen niederlegten. - Bei derartigen Mahnwachen in mehreren russischen Städten wurden laut Menschenrechtlern rund 400 Menschen festgenommen.

Nawalny habe für die Menschen ein neues Russland verkörpert, "das mehr dem Westen zugewandt ist, ganz anders als die alten gehässigen Vertreter von Putins Garde", sagte Scherbakowa. Nawalny sei Patriot und Demokrat gewesen, der immer für ein besseres Leben der Russen gekämpft habe, aber auch dazu bereit gewesen sei, für ein neues Russland "zu sterben", erklärte Scherbakowa. "Aber selbst, wenn er nicht gezielt getötet wurde, war es doch Mord."

## **Griechenland: Kirche und Staat gehen mehr und mehr auf Distanz**

### **Der Münchner orthodoxe Theologieprofessor und Priester Stefanos Athanasiou über die Hintergründe und Folgen der Einführung der Homo-Ehe in Griechenland**

Athen/München, 27.02.2024 (KAP/KNA) Griechenland gilt als Kernland der orthodoxen Kirche. Noch heute bezeichnen sich fast alle Griechen als orthodoxe Christen. Die kurzfristige Einführung der "Homo-Ehe" durch die Regierung des konservativen Ministerpräsidenten Kyriakos Mitsotakis zeigt allerdings eine wachsende Distanz von Kirche und Staat. Der Münchner orthodoxe Theologieprofessor und Priester Stefanos Athanasiou hat mit der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) über die Hintergründe und Folgen des Parlamentsbeschlusses

gesprochen. "Information Orthodoxie" dokumentiert das Interview:

KNA: Hat Sie die Billigung der gleichgeschlechtlichen Ehe durch das Parlament überrascht oder war der Schritt erwartbar?

Stefanos Athanasiou: Dass die Einführung der gleichgeschlechtlichen standesamtlichen Ehe in Griechenland jetzt so schnell ging, hat mich ehrlich gesagt schon überrascht. Es gab zuvor keine monatelange Debatte, die für ein so wichtiges Thema meines Erachtens notwendig und wichtig wäre. In sehr kurzer Zeit hat die

griechische Regierung das Thema abgehandelt, ohne wirklich eine gesellschaftliche Diskussion zuzulassen oder wenigstens anzuregen. Es gab in Vorfeld zwar ein Treffen zwischen dem Erzbischof von Athen und dem Ministerpräsidenten, bei dem Mitsotakis die Kirche über das Vorhaben informiert hat, jedoch ohne eine Diskussionsmöglichkeit zuzulassen. Die Reaktion der Orthodoxen Kirche von Griechenland auf den Beschluss des Parlaments war im Vorfeld klar. Die Synode der Kirche von Griechenland hat einstimmig beschlossen, dass eine Homo-Ehe nicht mit der Auffassung des orthodoxen Ehebegriffes zu vereinbaren ist.

KNA: War die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare zuvor ein Thema im Wahlkampf?

Athanasίου: Wie gesagt, leider nicht. Die Regierung hatte im Wahlkampf dieses Thema gar nicht angesprochen. Inwieweit dies tatsächlich die gesellschaftliche Realität widerspiegelt oder nicht, wird dann wohl der nächste Urnengang zeigen.

KNA: Der orthodoxe Glaube hat für Griechenland eine besondere Bedeutung. Wirkt die Entscheidung des Parlaments zurück auf das Selbstverständnis der Griechen?

Athanasίου: Nach der ersten griechischen Verfassung aus dem 19. Jahrhundert war es tatsächlich so, dass man zuerst Christ sein musste, um Grieche zu sein. Sofern gehört zum Grieche-Sein ein Bezug zur orthodoxen Tradition des Landes. Mittlerweile hat sich die Verfassung mehrmals geändert und die religiöse Zugehörigkeit ist nicht maßgeblich für die griechische Staatsbürgerschaft, wie dies außerdem in jedem westlichen Rechtsstaat der Fall ist. Allerdings spielen die orthodoxen Traditionen immer noch eine gesellschaftliche Rolle. Natürlich gibt es auch religiöse Minderheiten in Griechenland. Etwa Muslime im Norden des Landes, Juden wie auch Katholiken auf manchen Inseln - religiöse Gruppen, die schon historisch seit langer Zeit im griechischen Staatsgebiet anwesend sind. Zu betonen wäre eventuell an dieser Stelle, dass die katholische Bischofskonferenz von Griechenland die erste religiöse Institution war, die das Vorhaben der Regierung bezüglich der Homo-Ehe verurteilt hat. Die orthodoxe Kirche folgte ein paar Tage später, im gleichen Geist.

KNA: Staat und Kirche stehen in Griechenland traditionell in einem engen Verhältnis. Erwarten Sie, dass sich das nun ändern wird?

Athanasίου: Es hat sich durch diese Entscheidung eine weitere säkulare Ansichtswiese durchgesetzt, die mit dem orthodoxen Eheverständnis nicht übereinstimmt. Es ist sicherlich ein Schritt des griechischen Staates, mit dem er sich weiter von der orthodoxen Ethik und Tradition entfernt.

KNA: Glauben Sie, dass die Stellung der orthodoxen Kirche innerhalb dieses Staatswesens damit Schaden nimmt?

Athanasίου: Die Synode der orthodoxen Kirche Griechenlands hat sich zwar negativ geäußert, hat jedoch gleichzeitig signalisiert, dass es keine größeren Protestkundgebungen geben wird. Die Kirche hat ihr Verständnis der Ehe klargestellt. Wenn der Staat für sich beschließen möchte, dass er sein Eheverständnis nun säkularer betrachteten möchte, ist es sein Recht. Jedoch stellt dies klar einen Bruch mit der orthodoxen Tradition dar. Wissen Sie, die Kirche lebt und wirkt in jedem Staatswesen; ob es Demokratien, Diktaturen oder Monarchien sind. Es gibt Gesellschaften und Staatsformen, die mit der Kirche und ihren Traditionen übereinstimmen und solche, die wenig oder auch gar nicht dem kirchlichen Leben entsprechen. Ich glaube persönlich nicht, dass durch diesen Beschluss die Kirche Schaden nehmen wird. Es ist eine weitere Gelegenheit für die Kirche, aus staatlicher Sicherheit heraus zu einer mehr bezeugenden Gemeinschaft zu werden.

KNA: Wird es eine Wirkung auf andere orthodoxe Länder geben?

Athanasίου: Ich kann mir vorstellen, dass der politische Druck vor allem gegenüber orthodoxen Ländern, die in der Europäischen Union oder in anderen verschiedenen westlichen Gemeinschaften verbunden sind, wachsen wird.

KNA: Sie sind orthodoxer Theologe und theologischer Ethiker. Wir beurteilen Sie die Entwicklung aus sozialemethischer Perspektive?

Athanasίου: Wir sprechen hier über zwei unterschiedliche Sachverhalte. Einerseits geht es zunächst um die Eheerlaubnis für zwei gleichgeschlechtlichen Menschen. Hier ist die orthodoxe Position klar, wie ich schon dargestellt habe. Andererseits geht es um das Thema der Homosexualität an sich. Das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel hat im Jahr 2020 ein Sozialethos Dokument herausgegeben dort heißt es im Paragraf 19:

"Wir leben in einer Zeit, in der Sexualität mehr und mehr als persönliches Geschick, ja

sogar als Privatsache verstanden wird. Viele politische und gesellschaftliche Debatten in der modernen Welt drehen sich um die unterschiedlichen Ansprüche und Bedürfnisse von heterosexuellen, homosexuellen, bisexuellen und anderen sexuellen 'Identitäten'. Als einfache physische und psychologische Tatsache ist die Art des individuellen sexuellen Verlangens in der Tat nicht einfach eine Folge privater Entscheidungen im Hinblick auf diesen Bereich; viele der Neigungen und Sehnsüchte des Fleisches und des Herzens kommen in hohem Maße mit uns auf die Welt und werden in uns schon in jungen Jahren genährt oder vereitelt, angenommen oder gehemmt. Darüber hinaus muss es für jeden Menschen ein Grundrecht sein - das zu verletzen keine staatliche oder zivile Behörde sich anmaßen darf -, frei zu bleiben von Verfolgung oder rechtlicher Benachteiligung aufgrund der eigenen sexuellen Orientierung. Die Kirche versteht die menschliche Identität jedoch so, dass sie in erster Linie nicht in der Sexualität oder in einer anderen privaten Eigenschaft liegt, sondern vielmehr im Bild und Gleichnis Gottes, wie es in uns allen gegenwärtig ist. Alle Christen sind aufgerufen, stets im anderen das Bild und Gleichnis Gottes zu suchen und sich jeder Form der Diskriminierung ihrer Nächsten, ungeachtet der sexuellen Orientierung, zu widersetzen. Christen sind zu einem Leben in sexueller Keuschheit innerhalb und außerhalb der Ehe berufen, gerade wegen der Heiligkeit des Sexuallebens in der Schöpfungsordnung. Christen sind jedoch niemals zu Hass oder Verachtung gegenüber anderen aufgerufen."

In diesem Sinne stellt das Dokument fest, dass Homosexualität als sexuelle Neigung existiert und stellt sich klar gegen jegliche Verfolgung und Diskriminierung von Menschen mit solchen Neigungen. Das Dokument ruft jedoch die Gläubigen auch auf, in Keuschheit innerhalb und außerhalb der Ehe zu leben, die im Sinne der Schöpfungsordnung zur Heiligkeit führen soll.

KNA: Wenn eine Kirche so tief mit der Tradition nicht nur des Landes, sondern auch des Staates verwoben ist, wie die orthodoxe Kirche Griechenlands, verändert sich nicht die Sicht der Kirche auf diesen Staat?

Athanasίου: Natürlich entsteht eine Diskrepanz zwischen dem Ethos der Kirche und dem Ethos des Staates. Aber ich möchte hier

betonen, dass die Orthodoxe Kirche nicht nur in Griechenland, sondern in fast allen Ländern der Welt mit ihren jeweiligen politischen Systemen und Gesetzgebungen vertreten ist. Manche Länder vertreten die ethischen Ansichten der Orthodoxen Kirche, manche wiederum nicht. Es gibt Länder, wo etwa Todesstrafe oder Polygamie erlaubt sind; beide sind nicht mit dem orthodoxen Ethos zu vereinbaren. Die Kirche kann sich immer nur an ihre Gläubigen wenden und sie aufrufen, ein spirituelles Leben zu führen, damit diese die Theosis - Vergöttlichung erlangen.

Für das Erlangen der Theosis besitzt die Kirche eine spirituelle Erfahrung, die sie durch heilige Frauen und Männer weiterträgt. Jeder ist frei daran teilzunehmen oder nicht. Wenn ich hier von Kirche spreche, meine ich nicht primär die Kirche als Institution, die sich als Institution von politischen Meinungen und Ansichtsweisen beeinflussen lassen kann, sondern von der Kirche als Ort der Gotteserfahrung - der Erfahrung des Heiligen. Daran wird sich in Zukunft die institutionelle Kirche immer mehr messen müssen. Besonders in einer Phase, da diese in Staaten, in denen sie bislang in politischer Sicherheit gelebt hat, ihre Stellung etappenweise verliert. Ich hoffe jedoch, dass dies der Kirche gut tun wird. Heiligkeit braucht Askese.

KNA: Der französische Ethnologe Emmanuel Todd meint, mit der Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe habe eine Gesellschaft ihr religiöses Substrat hinter sich gelassen. Von diesem Zeitpunkt an habe Religion auch als "Zombie" keinen Einfluss mehr auf die säkulare Sphäre. Geht der Soziologe für den Theologen da zu weit?

Athanasίου: Ich würde sagen, dass diese Meinung für mich zu einseitig ist. Nur an dem einen Punkt bestimmen zu wollen, wie christlich oder religiös eine Gesellschaft ist oder nicht, geht zu weit. Ich würde vielmehr sagen, dass es wie mit einer Ehe ist. Es müssen viele Dinge geschehen, die letztlich dazu führen, dass der eine im anderen sich selbst nicht wiedererkennt oder jemand völlig Fremden sieht. Dabei gibt es Taten und Beschlüsse, die eine größere oder kleinere Rolle spielen. Am Ende aber wird die langsame Entfremdung den Bruch bringen. Nichts anderes geschieht in der Beziehung zwischen Kirche und Staat.

	
<p>IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut "Katholische Presseagentur" Chefredakteur &amp; Geschäftsführer: Paul Wuthe Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Kligen, Franziska Libisch-Lehner, Robert Mitscha-Eibl, Johannes Pernsteiner, Georg Pulling, Till Schönwälder Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551) Tel: +43 (0)1 512 52 83   Fax: +43 (0)1 512 5283 – 1337 E-Mail an die Redaktion: <a href="mailto:redaktion@kathpress.at">redaktion@kathpress.at</a> E-Mail an die Verwaltung: <a href="mailto:buero@kathpress.at">buero@kathpress.at</a> Internet: <a href="http://www.kathpress.at">www.kathpress.at</a> Bankverbindung: Schelhammer Capital Bank AG Kto.Nr. 10.2343   BLZ 19190 IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW DVR: 0029874(039)</p>	